

# Deutsche Rundschau

## in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Rl.  
monatl. 4,00 Rl. In den Ausgabenstellen monatl. 4,50 Rl. Bei  
Postbezug vierteljährl. 16,16 Rl., monatl. 5,39 Rl. Unterstreifband in Polen monatl. 8 Rl.  
Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 Rl. Mtl. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und  
Sonntags-Nr. 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Be-  
zieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.  
Gerner Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einfältige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpal-  
tige Reklamezeile 125 Groschen. Danzig 10 bis 10 Dz. Pf.  
Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platz  
vorschrift und schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur  
christlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Er scheinen der  
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.  
Postcheckkonten: Bremen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847

Nr. 172.

Bromberg, Dienstag den 29. Juli 1930.

54. Jahrg.

## Der „deutsche Komplex“ und die Kriegspsychose.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Man spricht jetzt häufig vom Kriege. Vom Kriege, der kommen soll. Dem Publikum, der Masse, die von unruhigen Stimmungen dauernd beherrscht wird, wird dieses Thema von so vielen Erscheinungen des öffentlichen Lebens nicht nur nahe gebracht, sondern so direkt und brutal aufgedrängt, daß man es ihm nicht verübeln kann, wenn es das ins Auge zu fassen sucht, was ihm als unabwendbar suggeriert wird. Auch die wenigen, die zu denken und sich selbst ein Urteil zu bilden gewöhnt sind, sehen die unlösbarsten Konflikte, sehen, daß die Kräfte, die zum Kriege drängen, mächtig, die friedlichen Tendenzen dagegen überaus schwach sind, und ziehen daraus traurig stimmende Konsequenzen.

Die gewöhnliche Masse, die die Dinge mehr instinktiv auffaßt, wird vor allem durch die Presse beeinflußt, die mit einem unerschönen Zielbewußtsein und unverdrossen auf den dunklen Punkt am Horizont hinweist, der die stete Unruhigkeit zu wecken bestimmt ist. Man schrekt Völker wie die Kinder. „Seht ihr nicht? Da kommt er schon, der Feind, der Nachbar!“ Der aufmerksame, gläubige Leser der nationalsozialistischen und zumal hypernationalistischen endekischen Presse sieht die Deutschen seit Jahr und Tag überfallsbereit vor Polens Westgrenze stehen. Daß der Übersall noch immer nicht erfolgt ist, macht so manche gläubige Leserseele nur noch nervöser. Der an der Westgrenze tüchtig lauernde Deutsche ist für die überwiegende Mehrheit der polnischen Presseorgane einfach eine *Denknotwendigkeit*. Die Schlufolgerung ergibt sich von selbst: Gegen einen solchen, zum Schlimmsten bereiten Dämon gibt es nur ein Mittel: Krieg.

Die freie Idee, daß ein deutscher Angriff auf Polen geradezu eine Naturnotwendigkeit sei, wird nicht nur von der Endekopresse allein genährt, die Sanacjapresse tut dabei tapfer mit, während die sogenannte polnische Linkspresse, die sozialistische inbegriffen, die Sache mit vorsichtigen Wendungen umgeht oder sich gründlich aus- schweigt.

Aber während die Sanacjaregime noch einige andere Ideen haben, die ihnen gleichfalls sehr lieb und für gewisse Zwecke nötig sind, ist der „deutsche Komplex“ für die Endeken die ertragreichste politische Goldgrube der Gegenwart und eine Verheißung von künftigen Machtmöglichkeiten. Ihre Berechnungen sind nicht schwer zu durchschauen. Wenn die ängstliche Aufmerksamkeit der gesamten öffentlichen Meinung auf den deutschen „Gefahrenpunkt“ fixiert sein wird, dann hat die Endeca, deren bewährteste Spezialität die „deutsche Gefahr“ ist, gute Aussichten, dank dieser Spezialität, zur führenden Rolle zu gelangen, die Parteien des Zentrums ins Schlepptau zu befördern und einen Teil der Linken zumindest moralisch zu terrorisieren. Auf diesen Augenblick arbeitet sie umso eifriger hin, je mehr ihr die Erwartung begründet zu sein scheint, daß das Sanacjaregime schon im Absterben begriffen sei und je aktueller die Frage wird, welche Parteien das Erbe der Sanacija an sich zu bringen imstande wären. Da die Endeca als reaktionäre Partei in sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht den breiteren Volksmassen nichts zu bieten hat, müßte sie ihre Aktivität, wenn es den „deutschen Komplex“ nicht gäbe, auf „Gebiete“ beschränken, die von Natur aus eine viel geringere politische Ausbeute gewähren; aber weder der Antisemitismus noch die Hetzoffensive gegen Ukrainer und Weißrussen sind imstande, der Endeca über gewisse städtische Intelligenz- und kleinbürgerliche Kreise hinaus einen Machtzuwachs zu verschaffen. Der polnische Bauer ist dem ukrainischen oder weißrussischen Bauer gegenüber uninteressiert, und ein Antisemitismus, wie ihn die Endeca propagiert, muß an der sozialen Differenziertheit des jüdischen Elements in Polen zerhellen. Was an Antisemitismus in Polen überhaupt möglich ist und nach dem Fall des Sanacjaregimes einzusetzen könnte, wären nur einige krampfhafte Anläufe mit kläglichem Ausgang. Die Endeca weiß dies recht wohl und treibt den Antisemitismus nur um der Tradition willen und als Nebengeschäft.

Ihr Hauptberuf ist die Pflege des „deutschen Komplexes“. Hier ist sie auch der sympathetischen Instinkte aller polnischen Parteien (nicht einmal die Masse der PPS-Gesellschaft ausgenommen) gewiß, von hier aus macht sie unermüdliche Vorstöße gegen die Außenpolitik des Sanacjaregimes, der sie mit zweckmäßiger Demagogie jede Etappe des Aufstiegs Deutschlands in der internationalen Geltung als Schuß anrechnet, als ob es nur des Scharfsinns, der diplomatischen Geschicklichkeit und der nötigen Dosis Deutschnäsigkeit des Leiters der polnischen Außenpolitik bedürfe, um die Erfolge Deutschlands zu verhindern. Ihr auf den deutschen Komplex gestützter Feldzug gegen die Außenpolitik bringt der Endeca einen doppelten Profit: sie drängt die Außenpolitik Polens in die antideutsche Richtung und behält zugleich einen starken innerpolitischen Trumpf in der Hand. „Der äußere Feind steht im Westen“, — das ist die Parole, mit der die Endeca täglich gegen das Sanacjaregime anstürmt, das nun zurückzutreten und einer nationalistischen Koalition unter Führung der Endeca Platz zu machen hätte.

Die unmittelbarer die Kriegsgefahr seitens Deutschlands der polnischen politischen Allgemeinheit zu drohen

erscheint, desto besser glaubt die Nationaldemokratie durch den Hinweis auf die innerpolitische, durch die Sanacija hervorgerufene Zerrüttung, die den Plänen Deutschlands günstig sei, ihre Chancen zu steigern. Ein Teil der Sanierungspresse sagt, allerdings zaghaft und ohne Konsequenz, bisweilen dem „deutschen Komplex“ einen „russischen Komplex“ entgegen. Der Feind im Osten dient also ebenfalls als Schreckmittel gegen unartige politische Kinder, die der Obrigkeit nicht gehorchen wollen. Es muß zugegeben werden, daß der „Feind im Osten“ hierzulande geringere Schreckgefühle erweckt als der „Feind im Westen“ und daß die Endeca vor der Öffentlichkeit also gewissermaßen im Recht wäre, wenn sich die polnische Außenpolitik auf den „russischen Komplex“ festlegen würde. Das ist aber bei weitem nicht der Fall. Sie spielt vielmehr bloß mit dem russischen Komplex, während sie sich in die antideutsche Richtung ganz entschieden engagiert. Die Endeca schwingt dabei die Peitsche, treibt an, schimpft und schmuzelt insgeheim, denn der „deutsche Komplex“ erweist sich ihr als schöne Binsen tragendes Kapital. Daß die allgemeine Kriegspsychose in dieser der Befriedung so bedürftigen Zeit unheimlich wächst, macht ihr nichts aus.

### Ein aktuelles Thema.

Zur außenpolitischen Diskussion in der polnischen Presse macht das Organ des jüdischen sozialistischen Bunds, die „Volkszeitung“ folgende Bemerkung:

„Vom „kommenden Kriege“ schreibt man mit solcher Gewissheit, wie man vom kommenden Winter, von der Ernte, die bevorsteht, schreibt. In diesem Jahre wurde gerneet, im nächsten Jahre wird wieder gerneet werden. Vor einigen Jahren gab es eine Menschenabschafferei, nach einigen Jahren wird man wieder Menschen abschaffen. Während die Tatsache der Abschafferei keinem Zweifel unterliegt, besteht noch keine Sicherheit, gegen wen es losgehen soll. Darüber streitet noch die Endeca mit der Sanacija. Die Endeken sagen: gegen die Deutschen; die Pilsudskisten sagen: gegen die Russen. Die Diskussion findet eigentlich, in den Presseorganen beider Lager, ruhig, sachlich und mit Bedacht statt.“

Es wäre nur zu ermitteln, ob man wirklich den „Krieg“ will oder nur gerade zu innerpolitischen Zwecken einen „äußeren Feind“ braucht.

### Die Krüppelverteilung im Sejm nach den Neuwahlen.

Warschau, 28. Juli. Im „Monitor Polski“ werden die Veränderungen veröffentlicht, die infolge der Neuwahlen zum Sejm in einer Reihe von Wahlbezirken eingetreten sind. Wir berichteten bereits, daß bei diesen Wahlen die Staatsliste des Regierungsklubs drei Mandate, die Liste der PPS ein Mandat verloren hat. Diese Mandate wurden wie folgt verteilt: Bauernpartei 2, Block der nationalen Minderheiten 1, Wahlblock der ukrainischen sozialistischen Arbeiter- und Bauernpartei 1 Mandat.

Die Gesamtzahl der Mandate, welche die Parteien aus der Staatsliste und den Bezirkswahlen innehaben, zeigt nach der offiziellen Auffstellung folgendes Bild: Liste Nr. 1 (Regierungsklub) 108 Mandate (früher 122), Nr. 2 (PPS) 62 (früher 63), Nr. 3 (Pilsudskisten) 40 (unverändert), Nr. 7 (NPR) 11 (früher 14), Nr. 10 (Bauernpartei) 35 (früher 26), Nr. 18 (Block der nationalen Minderheiten) 58 (früher 55), Nr. 22 (Wahlblock der ukrainischen sozialistischen Arbeiter- und Bauernpartei) 11 (früher 8), Nr. 24 (Nationaldemokraten) 41 (früher 37), Liste Nr. 25 (Polnisch-katholischer Block der Biasten und der Christlichen Demokratie) 33 (früher 36) Mandate.

Diese Auffstellung, die nur die offiziellen Wahlergebnisse berücksichtigt, enthält nicht die Verschiebungen, die durch Spaltungen eingetreten sind. So enthält sie z. B. nicht die sogenannte revolutionäre Fraktion, deren Mandate dem Klub der PPS hinzugerechnet wurden usw.

### Nach Ostland muß ich reiten...

Neue Verziehung eines deutschen Lehrers aus Pommern nach Kongresspolen.

Mit Wirkung vom 1. August dieses Jahres ist der Lehrer Prohl aus Groß-Nessa (Wielfa Niesawka), Kreis Thorn, nach Obora, Kreis Słupca in Kongresspolen versetzt worden. Damit ist die Zahl der deutschen Lehrer, die im Laufe dieses Jahres, gegen ihren Willen aus Pommern nach Kongresspolen versetzt worden sind, auf 10 gestiegen. Diese neue Verziehung reicht sich würdig in das bisher geübte System der Entblößung Pommerns von deutschen Lehrkräften ein. Der Lehrer Prohl ist ein alter, erfahrener Pädagoge, der 25 Dienstjahre hinter sich hat. Man kann sich vorstellen, daß jetzt seine Schule, die 65 Kinder beherbergt, entweder mit einem polnischen Lehrer besetzt werden wird oder daß die Kinder auf Nachbarschule aufgeteilt werden. Es ist dies eine interessante Illustration zu den Ausführungen des Abg. Strouski, die er auf der Tagung der Interparlamentarischen Union in London in diesen Tagen gemacht hat.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch daran erinnern, daß 49 deutsche Lehrer in Pommern vorhanden sind, die an polnischen Schulen unterrichten müssen. Vielleicht entschließt sich das Thorner Kuratorium, eine dieser Lehrkräfte nach Groß-Nessa zu versetzen, denn die Entschuldigung, daß es keine deutschen Lehrkräfte gäbe, kann nur auf Leute wirken, die über die tatsächlichen Verhältnisse nicht Bescheid wissen.

### Der gefährliche Waldemaras.

Riga, 28. Juli. Die Redaktion des „Wiegodnia“ hat sich an den Ministerpräsidenten Tuhialis mit der Bitte gewandt, sich zu der Verschickung des ehemaligen litauischen Diktators Waldemaras zu äußern. In der Unterredung erklärte der Ministerpräsident, daß in Litauen das Gesetz über den Kriegszustand verpflichte, auf Grund dessen die Regierung das Recht habe, jede Person aus Kowno in die Provinz oder nach dem Ausland zu schicken, die für die Staatsordnung gefährlich sei. Waldemaras ist eben auf Grund dieses Gesetzes verschickt worden. Seine Verbannung wird solange dauern, als der Kriegszustand in Litauen Geltung hat.

Auf die Frage nach dem Grunde der Verhaftung erklärte Tuhialis, daß Waldemaras mit jedem Tage gefährlicher wurde. Allgemein bekannt war sein Verhalten gegen die Regierung. Diese warnte mit der ganzen Geduld auf eine Änderung der Taktik von Waldemaras in der Meinung, daß er seine Methoden der Bekämpfung der Regierung aufgeben werde. Doch in der letzten Zeit verhielt sich Waldemaras immer aggressiver. Vor einigen Tagen, sagte der Ministerpräsident weiter, brachte die „Lietuvos Binas“ einen Artikel, in dem es heißt, daß Waldemaras seine bisherige Wohnung mit Genehmigung des Ministerpräsidenten Tuhials weiter innerhalb hätte. Dies ist eine grobe Lüge. Waldemaras wurde der Vorschlag gemacht, freiwillig Kowno zu verlassen unter der Androhung, daß er, sollte er sich dieser Forderung nicht anpassen, mit Gewalt verschickt werden würde. Es blieb ihm somit nichts anderes übrig, als sich der Anordnung der Regierung zu fügen.

Wie weiter gemeldet wird, war die Entscheidung über die Verschickung von Waldemaras bereits vor der Abreise des Staatspräsidenten Smetona nach der Eschewostowakei gefallen; man wartete jedoch damit so lange, bis Präsident Smetona wieder nach Kowno zurückgekehrt war. Waldemaras bleibt im Kreise Krettingen unter strenger polizeilicher Bewachung.

### Memel ruft den Völkerbund an.

#### Bruch des Autonomiestatuts.

Die Pläne der litauischen Regierung durch besondere Gesetze die memelländische Autonomie vollkommen auszuschalten und die Regierungsgewalt in die Hände des litauischen Gouverneurs zu legen, haben im Memelgebiet größte Empörung hervorgerufen. Die maßgebenden Kreise sind der Auffassung, daß nunmehr eine Beschwerde in Genf unangießlich ist. Die kürzlich vom Landtag ernannte Kommission zur Wahrung der Autonomierechte wird daher in kürzester Zeit den Mächten, denen das Recht ansteht, Verleihungen der Memelkonvention vor dem Völkerbundrat zur Sprache zu bringen, eine Beschwerde schriftlich überreichen, in der alle Punkte, in denen die Autonomie verletzt worden ist, aufgeführt werden sollen. Man hofft, daß der Völkerbundrat sich noch auf der Septembertagung mit der Memelbeschwerde befassen wird.

In letzter Zeit haben sich die Übergriffe Litauens gegen die Autonomie gehäuft. Der Memelländische Landtag ist vollkommen ausgeschaltet. Die von ihm gefassten Beschlüsse und Gesetze werden vom Gouverneur nicht anerkannt. Der Präsident des Landesdirektoriums Radziehn, der vollkommen unter litauischem Einfluß steht und dem der Landtag bereits vor zwei Monaten das Misstrauen ausgesprochen hat, befindet sich immer noch im Amt. Der Gouverneur weigert sich, einen Präsidenten zu ernennen, der entsprechend dem Autonomiestatut das Vertrauen des Landtages besitzt. Unter diesen Umständen ist die Verwaltung des Memelgebiets schon heute vollkommen in litauische Hände übergegangen. Durch die von der Kownoer Regierung geplanten Gesetze soll dieser Zustand vereinigt werden. Auch in Fragen der Finanzen, der Gerichtsbarkeit und der Schule ist die Autonomie schwer verletzt worden. Durch eine rücksichtslose Pressesfreiheit und durch den völlig ungerechtfertigt verhängten Kriegszustand wird jede Meinungsäußerung verhindert und die Freiheit der Memelländer in der gewaltätigsten Weise unterdrückt.

Die Memelländer erwarten, daß der Völkerbund endlich der litauischen Gewaltpolitik ein Ende macht und die Autonomie in allen ihren Punkten wieder herstellt.

## Die Notverordnungen Brünings.

Nachdem das Reichskabinett am Sonnabend die Beurteilung über die Notverordnung beendet hatte, ist sie im Laufe des Nachmittags der Presse bekanntgegeben und wird im Reichsgesetzblatt vom 27. Juli veröffentlicht werden. Die „Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände“, wie die amtliche Bezeichnung lautet, umfaßt nicht weniger als 20 Seiten des Reichsgesetzblattes. Sie ist in folgende sechs Abschnitte gegliedert:

1. Deckungsmaßnahmen für den Reichshaushalt 1930.
2. Erschließung von Einnahmen für die Gemeinden.
3. Osthilfe.
4. Reform der Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung und Reichsversorgung.
5. Verhütung unwirtschaftlicher Preissubventionen.
6. Haushalt 1930.

Vorbehaltlich einer vom neuen Reichstag vorzunehmenden Feststellung soll für die Haushaltssführung des Reiches im Jahre 1930 der von der Reichsregierung dem Reichstag vorgelegte Haushaltsentwurf unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Plenums in zweiter Lesung gelten. Bekanntlich beläuft sich der Fehlbetrag dieses Haushalts auf 760 Millionen Reichsmark, wovon 480 Millionen auf die Arbeitslosenversicherung, 150 auf Krisenfürsorge und weitere 150 Millionen auf Minder eingänge aus Steuern und Zöllen entfallen. Zur Deckung des Fehlbetrages sollen 289 Millionen durch Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages um 1 Prozent von 3,5 auf 4,5 Prozent und durch Reformen bei der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden; 804 Millionen sollten durch neue Steuern aufgebracht werden. Um diese Deckung hat der Kampf im alten Reichstag getrieben und darüber ist es schließlich zur Auflösung gekommen. Da eine nochmalige Prüfung anderer Wege zur Deckung als die bisherigen nicht gezeigt hat, so bleibt es bei der 2,5 prozentigen Reichshilfe der Beamten und der Aufsichtsratsmitgliederbezieher, bei dem 5 prozentigen Zusatz zu den Einkommensteuer für Einkommen über 8000 Mark und bei der Predigsteuer.

Da diese Steuern anstatt zum 1. August erst zum 1. September in Kraft treten können, wird sich der hieraus ursprünglich mit 804 Millionen erwartete Betrag um 28 Millionen Mark vermindern. Hierfür sollen aber keine neuen Steuern geschaffen werden, sondern die ursprünglich mit 100 Millionen vorgesehene Ersparung soll auf 128 Millionen und durch weitere 8 Millionen Mark, die bisher noch ungedeckt waren, auf 184 Millionen Mark gebracht werden.

Bekanntlich beruht die Not des Staats im wesentlichen auf dem Gesamtfehlbetrag von rund 600 Millionen Mark bei der Arbeitslosenversicherung. Es muß ernsthaft mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Zahl von 1,6 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt noch überschritten wird. Es muß mit allen Mitteln versucht werden, die Arbeitslosigkeit herabzudrücken und es sind daher Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung eingeleitet, die nachdrücklich fortgesetzt werden sollen. Innerhalb der letzten 12 Monate haben sich dreimal Fehlbeträge bei der Arbeitslosenversicherung ergeben. Es muß aber Gewähr dafür geschaffen werden, daß dem Staat nicht abermals von dieser Seite unvorhergesehene Gefahren drohen. Im Rechnungsjahr 1930 sind für Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge 685 Millionen Mark im Etat zur Verfügung gestellt. Sollte sich ein Mehrbedarf der Reichsanstalt herausstellen, so soll er nur zur Hälfte durch Zuschüsse des Reiches gedeckt werden, während der andere Teil durch Erhöhung oder Abstufung der Beiträge oder durch Verbindung beider Maßnahmen aufgebracht werden soll.

Da auch die Lage der Gemeinden im Laufe der letzten Monate immer bedrohlicher geworden ist, erhalten diese das Recht, eine Bürgersteuer und Gemeindebesteuer zu erheben. Gemeinden, deren Etats durch die Wohlfahrts erwerbslosenfürsorge außerordentlich belastet ist, sollen das Recht bekommen, außer vier auch von den übrigen Gemeinden eine Gemeindebesteuer zu erheben. Bei der Ausgestaltung der Bürgersteuer ist den sozialen Gesichtspunkten durch eine Staffelung des Steuerhauses Rechnung getragen. Der Satz beträgt im allgemeinen 6 Mark. Er erhält sich für Leistungsschwäche auf 3 M. und erhält sich auf 25, 50, 100, 200 und 500 Mark, bei dem höchsten Einkommen auf 1000 M. Es ist auch eine Verkoppelung der Bürgersteuer und der Gemeindebesteuer mit den Realsteuern vorgesehen, die ihre Erhöhung hintanzuhalten soll. Das ist jedoch keine Dauervorschrift, sondern nur eine Regelung für die Zeit bis Inkrafttreten des Steuervereinheitlichungsgesetzes.

Die Regelung der Arbeitslosenversicherung durch die Notverordnung übernimmt den vom Reichstagsausschuß bewilligten Grundsatz, wonach die Höhe der Unterstützungen künftig in eine Beziehung zur Dauer der Unwirtschaft gebracht wird. Bei der Krankenversicherung werden Einsparungen durch eine Reihe von Maßnahmen getroffen, welche zugleich die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung möglich und tragbar machen. Auf dem Gebiete des Versorgungsrechts beschränkt sich die Notverordnung darauf, aus den beiden Gesetzentwürfen, die der Reichstag kurz vor der Auflösung bereits in zweiter Lesung genehmigt hatte, die aus der Sorge für die finanzielle Durchführbarkeit der bestehenden Gesetze getroffenen Bestimmungen herauszunehmen.

Schließlich werden noch Bestimmungen über die Verhütung unwirtschaftlicher Preissubventionen getroffen. Die Anpassung der gebundenen Preise an die veränderte Wirtschaftslage und die gesunkenen Kaufkraft breiter Massen steht ja, so heißt es in der Begründung, nach allgemeiner Ansicht zeitlich zu langsam und ihrem Ausmaß nach unzulänglich durch. Bei dieser, die öffentliche Ordnung und Sicherheit erheblich gefährdenden Lage muß die Regierung Mittstände dieser Art besetzen und sie rechnet dabei auf die verständnisvolle Mitarbeit der beteiligten Wirtschaftskreise.

## Deutsch-polnische Vereinbarung über die Arbeitslosen in Oberschlesien.

Kattowitz, 26. Juli. Im Zusammenhang mit der zu beiden Seiten der Grenze Schlesiens herrschenden Arbeitslosigkeit war die Frage der Zahlung von Unterstützungen für die Arbeitslosen aktuell geworden, die in dem einen Teil Schlesiens wohnen, jedoch in Fabriken des zweiten Teils beschäftigt sind. Nach Verhandlungen zwischen Vertretern des deutschen und des polnischen Arbeitsministeriums ist es zu einer Vereinbarung

gekommen, daß jede der interessierten Regierungen die Beihilfen an die in den Grenzen des betreffenden Staates wohnenden Arbeitslosen, ohne Rücksicht auf ihre Nationalität, zahlt.

## Was die Osthilfe bringt...

In der „Voss. Zeit.“ gibt der Regierungsrat im Präsidium des Preußischen Ministerrats, Dr. Weichmann, darauf folgende Antwort:

Die Osthilfe, die infolge der Nichtverabschiedung des alten Osthilfegesetzes ernstlich gefährdet erschien, ist soeben durch eine Reihe von Notverordnungen wieder gesichert worden. Da die bebrüngten Gebiete sehr schnell auf Hilfe warten, ist es von besonderer Wichtigkeit, nach der soeben erfolgten Bekanntgabe der Notverordnung mit Genauigkeit festzustellen, in welchem Umfang der Ost-Hilfemaßnahmen zu erwarten hat.

Im Etat werden wiederum 12 Millionen Mark für Frachterleichterung angesetzt, von denen 10 Millionen Mark auf Ostpreußen auf Grund des alten Ostpreußen-Hilfegesetzes fallen. Die restlichen 2 Millionen dürfen zur Verwendung in den pommerschen Grenzkreisen bestimmt sein.

Weiterhin wird auch die Lastensenkungsaktion in dem ursprünglich vorgesehenen Umfang in Kraft treten. Wie im alten Haushaltsentwurf sind auch im Notetat 87 Millionen ausgeworfen worden, von denen 7 Millionen durch das alte Ostpreußen-Hilfegesetz für Ostpreußen vorgesehen sind.

Für soziale und kulturelle Zwecke ist ebenfalls der alte Betrag von 8,8 Millionen eingesetzt, zusätzlich 800 000 M., die zur Senkung der Schiffahrtsabgaben auf dem Königberger Seekanal schon bestimmt waren.

Für die landwirtschaftliche Hilfsaktion sind schließlich ebenfalls die früheren Beträge wiederhergestellt, nämlich 50 Millionen für die sogenannte Betriebsicherung und 7 Millionen für Binsenkungen, deren Verwendung im Zusammenhang mit der eigentlichen Umschuldungsaktion, über die gleich zu sprechen sein wird, erfolgen muß.

Ausgefallen sind gegenüber den früheren Plänen zehn Millionen, die für die Inaugriffnahme der Eisenbahnbauten vorgesehen waren. Darüber hinaus ist überhaupt das ganze Eisenbahnbauprogramm gefallen, für dessen Wiederherstellung im Wege der Notverordnung rechtlich kein Raum war.

Der Weg, den die Reichsregierung gewählt hat, um wesentliche Teile des alten Gesetzentwurfs wieder herzustellen, ist der einer besonderen Notverordnung auf Grund des Art. 48 der Verfassung „über vorläufige Hilfemaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens“. Nach dieser Verordnung wird die provisorische Osthilfe nunmehr in folgendem Umfang in Kraft gesetzt werden:

Zunächst werden die Bestimmungen über den Vollstreckungsschutz in der gleichen Form erlassen, in der sie bereits in dem alten Gesetzentwurf enthalten waren. Landstellen, und bis zu ihrer endgültigen Einrichtung sogenannte Zwischenstellen werden mit dem erforderlichen Antragsrecht ausgestattet, um von den zuständigen Amtsgerichten im gegebenen Falle einen Aufschluß der Zwangsvollstreckung für drei Monate zu erlangen. Die Abgrenzung des Gebietes, in dem der Vollstreckungsschutz Platz greifen soll, ist in der Verordnung nicht vorgesehen, sie ist vielmehr dem Einvernehmen zwischen der Reichsregierung und der Preußischen Regierung vorbehalten. Sachlich dürfte der Vollstreckungsschutz jedenfalls nur dort eingeführt werden, wo auch mit der gleichzeitigen Einleitung der Umschuldungsaktion begonnen werden kann.

Die Umschuldungsaktion selbst ist ebenfalls in die Notverordnung übernommen worden, aber in wesentlich verkleinertem Maße. Der ganze Gedanke der Ablösungsbank, die für 250 Millionen Mark Währungsseine ausgeben sollte, hat in der Notverordnung keine Aufnahme gefunden. Diese Aufgabe war auch nicht im Wege der Notverordnung zu erledigen; sie kann erst nach dem Wiedereintritt des Reichstages im ordentlichen Gesetzgebungsweg in Angriff genommen werden. Die Notverordnung selbst begnügt sich damit, statt der Bürgschaft für die Ablösungsbezüge von 250 Millionen und statt der ursprünglich vorgesehenen Garantieermächtigung von 400 Millionen für Umschuldungsdarlehen nur eine Ermächtigung zur Bürgschaftsaufnahme für 100 Millionen Umschuldungsdarlehen zu übernehmen. Rechnet man hierzu die im Notetat vorgesehene Summe von 50 Millionen für die Betriebsicherung, so sind für die gesamte landwirtschaftliche Hilfsaktion 150 Millionen Mark gegenüber ursprünglich 700 Millionen Mark in Ansatz gebracht.

Von diesen 150 Millionen Mark stehen freilich auch nur 50 Millionen Mark in bar zur Verfügung, während die restlichen 100 Millionen auf dem Kapitalmarkt beschafft werden müssen, wofür die Notverordnung nur die Bürgschaft des Reiches vorsieht. Die Preußische Staatsregierung glaubte zuerst, daß die Reichsregierung Bedenken tragen würde, diese Bürgschaft im Wege der Notverordnung herbeizuführen. Aus diesem Grunde hatte sie ihrerseits der Reichsregierung das Angebot gemacht, die 100 Millionen auf preußisches Risiko zu übernehmen, wozu es weder eines Gesetzes, noch einer Verordnung, sondern nur der Zustimmung des Bürgschaftsausschusses des preußischen Landtags bedurfte hätte. In Anlehnung an früher getroffene Vereinbarungen wird die praktische Lösung der Frage nun voraussichtlich in der Weise erfolgen, daß sich die Reichsregierung und die Preußische Staatsregierung über eine gemeinsame Aufteilung des Risikos und die Beschaffung der Mittel einverständigen werden. Die Verhandlungen hierüber sind im Gange. Im übrigen sieht auch die Notverordnung genau so wie der frühere Gesetzentwurf ein einverständliches Handeln der beiden Regierungen bei der Ausführung vor.

Die Inaugriffnahme der Ausführungen dürfte nach Erlass der Verordnung, als bald erfolgen. Die erforderlichen Vorarbeiten, insbesondere für den Vollstreckungsschutz, sind zwischen den Reichs- und Staatsressorts schon während der Beratung des Osthilfegesetzes begonnen worden. Es bedarf insbesondere der territorialen Abgrenzung des Gebietes, der Klärung der Organisation der Landstellen und der Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten. Nachdem der Gedanke der Ablösungsbank zunächst fallen gelassen wurde, ist es freilich auch erforderlich, sich über ein neues Finanzierungsinstitut zu einigen und hierbei Sorge dafür zu tragen, daß der Lauf der Gelder nicht den Charakter unwirtschaftlicher Subventionen annimmt, sondern auf Grund sorgfältiger und nach einheit-

lichen Gesichtspunkten durchgeführter Kontrolle in betriebswirtschaftlich zu verantwortenden Formen vor sich geht.

## Deutsche Staatspartei.

Berlin, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Vertreter der Demokraten, des Jungdeutschen Ordens und der Deutschen Volkspartei haben gestern die „Deutsche Staatspartei“ gegründet, die heute mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit treten soll.

## Keine Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der „Staatspartei“.

Berlin, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der parteiähnliche Presseschef der Deutschen Volkspartei teilt mit: Alle Meldungen über eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei oder von Teilen und namhaften Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei an der zur „Staatspartei“ umgetauften Demokratischen Partei sind unrichtig. Die Deutsche Volkspartei hält an ihren weitergehenden umfassenden Sammlungen bestrebungen fest.

## Die neue Rechte. Schiele...

Wie die „Landvolk-Nachrichten“ mitteilen, hat am Sonnabend auch Reichsnährungsminister Schiele seinen Austritt aus der Deutschen Nationalen Volkspartei erklärt. Dieser Austritt war nach den Vorgängen der letzten Zeit zu erwarten und hat nur noch formelle Bedeutung. Minister Schiele soll nach der gleichen Quelle die Absicht haben, der Landvolkspartei beizutreten, ebenso wie diejenigen aus der Deutschen Nationalen Volkspartei ausgetretenen Abgeordneten, die dem landwirtschaftlichen Berufsstand angehören. Die Korrespondenz weist auf die am Dienstag stattfindende Parteiausschüttung der Landvolkspartei hin und betont, daß dort auch eine enge Zusammenarbeit mit der Konservativen Volkspartei im Wahlkampf sichergestellt werden dürfte.

## ... und Bazille.

Der württembergische Kultusminister und frühere Staatspräsident Dr. Bazille hat seinen Austritt aus der Deutschen Nationalen Volkspartei erklärt. In einem Brief an den Vorsitzenden der württembergischen Deutschen Nationalen Partei sagt er, seine weitere Zugehörigkeit zu dieser Partei sei mit seiner Selbstachtung nicht mehr vereinbar gewesen. In dankbarem Gedanken an das ihm früher gewährte Vertrauen werde er sich an einer Bekämpfung der Partei, die ihm solange die Ehre ihrer politischen Führung übertragen hatte, nicht beteiligen, wenn er nicht dazu genötigt werde.

Die Regierung Brüning sei, so erklärte er, die beste Regierung, die das deutsche Volk nach den Novembertagen je gehabt habe. Wenn man nach ihren Taten frage, könne man gerade so gut fragen, was eigentlich der liebe Gott leiste, dem doch auch Gott gelassen werde, um aus dem Samen Frucht machen zu lassen. Bazille schilderte die Kämpfe innerhalb der Deutschen Nationalen Reichstagsfraktion und erklärte zum Schlus, nachdem er innerhalb der Deutschen Nationalen Volkspartei für die Reichspolitik ausschiede, bleibe ihm vorläufig nur seine Tätigkeit innerhalb Württembergs, für die er nach wie vor seine ganze Kraft einsetzen werde.

Bazille dürfte sich der Konservativen Volkspartei als Hospitant anschließen.

## Republik Polen.

### Oberst Belina dementiert.

Krakau, 27. Juli. Der hierigen Filiale der Polnischen Telegraphen-Agentur stellte Oberst Belina - Prażmowski folgendes Schreiben zur Verfügung:

„Der im Lemberg erscheinende „Kurier Vorany“ (Nr. 216) und nach ihm auch andere oppositionelle Blätter hatten die Meldung gebracht, als ob ich bei der Organisierung des Kongresses der Legionäre in Radom bei Marschall Piłsudski mit der Bitte vorgesprochen hätte, er möchte an dem Kongress teilnehmen und dort eine Rede halten. Ich stelle fest, daß diese Information von Anfang bis zu Ende falsch ist. Bei Marschall Piłsudski bin ich in der letzten Zeit nicht gewesen. Zuletzt unterhielt ich mich mit dem Marschall am 1. Januar d. J. in Krynica. Alle veröffentlichten Einzelheiten, somit auch die angeblich an mich gerichteten Worte des Marschalls Piłsudski, sind daher das Gebilde der Einbildungskraft von falschen Informatorien. Gleichzeitig gebe ich zur Kenntnis, daß die Organisatoren des Kongresses der Legionäre in Radom der Hauptvorstand der Legionäre in Warschau, sowie das Bürgerkomitee in Radom sind.“

## 4500 Tote in Italien.

Der im Erdbebengebiet weilende Sonderkorrespondent des „Berliner Tagebl.“ berichtet seinem Blatte über die Auswirkungen der Erdbebenkatastrophe folgendes:

Es sind nun schon drei Tage vergangen, seitdem durch drei kurze Erdstöße 40 italienische Städte und Gemeinden ganz oder teilweise zerstört wurden. Über die Zahl der Toten wächst beständig. Dem ersten eingehenden Bericht des Ministers für öffentliche Arbeiten an den Duce zufolge betrug am 25. Juli um 20 Uhr die Zahl der Toten 2142, die der Verletzten 4151. Aus zahlreichen Gesprächen mit den Bürgermeistern und Geistlichen der betroffenen Gemeinden geminiert man aber den Eindruck, daß diese offizielle Zahl noch lange nicht die wirkliche Zahl der Opfer der furchtbaren Katastrophe widergibt. Diese muß wohl auf mindestens 4000 bis 4500 angehoben werden. Allgemein glaubt man hier, daß gegen 10 000 Menschen umgekommen sind, doch dürfte die Annahme wohl übertrieben sein, insbesondere, da sie auch vielfach dem Bestreben entspringt, daß Unglück noch schwächer zu malen, als es schon tatsächlich ist. Bedenks darf noch Tage, wenn nicht Wochen vergehen, bevor man die genaue Zahl der tödlich Verunglückten wird feststellen können. Am furchtbarsten haben Aquilonia und Villanova gelitten, die beide vollständig zerstört sind. Man hat hier in einem Ort noch eine Frau und ein Kind, die länger als 50 Stunden verschüttet waren, lebendig ausgegraben. Beide waren bewußtlos, doch gelang es, sie bald wieder ins Leben zurückzurufen.

Bromberg, Dienstag den 29. Juli 1930.

## Pommerellen.

28. Juli.

Graudenz (Grudziadz).

Raubmord im Kreise Graudenz.

In Nehwalde (Nehwale) im Kreise Graudenz wurden in der Nacht zum Sonntag die Brüder Anastasius und Stefan Fryc, die 63 und 61 Jahre alt sind, von Banditen ermordet. Die Getöteten besaßen mit ihrem 68-jährigen Bruder Franz eine 26 Morgen große Wirtschaft. Man nimmt an, daß die Mörder große Geldsummen im Hause der Ermordeten zu finden hofften. Sie haben jedoch nur einige wertlose Gegenstände vorgefunden und mitgenommen. Die Graudenser Kriminalpolizei hat eine energische Untersuchung eingeleitet und zwei Einwohner von Nehwalde verhaftet, die unter dem Verdacht stehen, die Tat begangen zu haben. \*

t. Der Sonnabend-Markt hatte trotz des regnerischen Wetters gute Beschildigung aufzuweisen. Für Kartoffeln, die sehr wenig angeboten waren, zahlte man morgens 0,10–0,12, später 0,15–0,20 für das Pfund; alte Kartoffeln kosteten 0,07–0,08; Butter 2,20–2,30, gegen Mittag 2,00, Eier früh 1,90–2,10, später 1,80, Tilsiterkäse 1,60–2,20, Kleine Sahnenkäse 0,25, Weißkäse 0,15–0,60. Auf dem Obstmarkt zahlte man für süße Kirschen 1,00, saure 0,35 pro Pfund, 0,40–0,50 pro Eiter, Blaubeeren 0,40, Preiselbeeren 1,00–1,20, Birnen 0,50, Äpfel 0,10–0,50, Zitronen 0,10–0,30, Stachelbeeren 0,25–0,80, Johanniskräuter 0,40–0,50, Himbeeren 0,25; beim Gemüse für Tomaten 1,50–1,80, Mohrrüben 0,10, Erbschoten 0,40, Blumenkohl, Köpfchen 0,15–0,50, rote Rüben 0,10–0,15, Spinat 0,80, Gurken je nach Größe 2 Stück 0,15 und mehr, Kohlrabi Böd. 0,10–0,15, Weißkohl 0,08–0,10, Rotkohl 0,20, Wirsingkohl 0,15, Zwiebeln Böd. 0,10; an Pilzen waren Steinpilze (1,20), Rehfüßchen (0,60), Champignons (0,80–1,00) zu haben. Der Gesäßglockenmarkt bot alte Hühner mit 3,50–5,50, junge Hühnchen 1,50–2,50 das Stück, Dänken 1,80–2,00 das Paar, Enten 5,00–6,00. Auf dem Fischmarkt kosteten frische große Aale 2,80, kleine 1,50–1,80, Räucherhering 4,50, Hechte 1,80–2,00, Schleie 1,60–1,80, Karpen 1,20–1,80, Plaue 0,60–0,80, Krebse Stück 0,10 bis 0,15. \*

\* Von der Polizei gesucht wurde seit einiger Zeit ein gewisser Leon Komalski. Er hat hier und anderweitig mehrere Fahrraddiebstähle verübt und außerdem in Culm Infanteriereiter ausgeführt, als er für sein nur in der Phantasie bestehendes Fleischereigeschäft Gehilfen anwarb. Jetzt ist es nun der Culmer Polizei gelungen, den Dieb und Schwindler zu ermitteln und dingfest zu machen. \*

\* Festgenommen wurden laut Sonnabend-Polizeibericht drei Diebe, ein Landstreicher und zwei Frauenspersonen wegen sittenpolizeilichen Verstoßes. — An Diebstählen waren gemeldet: Aus dem Kiosk an der Schlachthofstraße (Narutowicza), Eigentum von Bojka Okrusiewicz, Schlesienstraße (M. Focha 1), Schokolade und Kuchen für 88 Zloty, aus der Blasiewicz'schen Wohnung, Grabenstraße (Groblowa) 18, drei Anzüge, eine größere Menge Wäsche sowie Bargeld — Gesamtschaden über 1000 Zloty — durch Einbruch entwendet worden. \*

## Thorn (Toruń).

\* Der Wasserstand der Weichsel hat durch die starken Niederschläge wiederum um einige Centimeter Zuwachs erhalten und betrug Sonnabend früh am Thorner Pegel 0,10 Meter unter Normal. \*\*

v. Brandstatistik. Der Pommerellischen Feuerversicherungsgesellschaft in Thorn wurden im Monat Juni d. J. 73 Brandfälle bei ihr versicherter Objekte mitgeteilt. Der entstandene Schaden betrug zusammen 845 489 Zloty. Als Entstehungsursache wurden festgestellt: 24 mal Brandstiftung, 12 mal Unvorsichtigkeit, 12 mal Übertragung, 10 mal Blitzschlag, 10 mal Funkenflug. \*\*

\* Vermisst wird der 16-jährige Henryk Jagielski, der sich Dienstag morgen gegen 9 Uhr aus dem elterlichen Hause in der Amtsstraße (ulica Czarneckiego) entfernt und bisher noch nicht zurückgekehrt ist. Die Polizei hat die Suche nach dem Verschwundenen aufgenommen. \*\*

## An unsere Thorner Leser.

Um keine unliebhafte Unterbrechung im Bezug auf den "Deutschen Rundschau" einzutreten zu lassen und um dieselbe stets noch am Erhebungstage zu erhalten, bitten wir Sie, Ihr Abonnement für den Monat August sofort bei einer der untenstehenden Ausgabestellen zu erneuern.

Hauptvertriebsstelle und Anzeigenannahme:  
Annonsen - Expedition Justus Wallis, Szeroka 24  
(Breitestraße).

## Ausgestellten:

Altstadt: Kaufmann E. Szypinski, Heilige Geiststraße.  
Selbstgeschäft "Heimchen" (R. Herwich).  
Baderstraße, Ecke Breitestraße.

Nenstadt: Kaufmann Siedlung, Neust. Markt,  
Ecke Tuchmacherstraße.

Bromberger Vorstadt:  
Milchhalle Barth, Bromberger-Str. 60.  
Kaufmann Ernst Wiesner, Mellendorfstraße 111.  
Frl. O. Kiewe, Mellendorfstr. 80.  
(ul. Mielkiewicza) 80.

Culmer Vorstadt:  
Friseurgeschäft Maishat, Chelmno 1a  
(Culmer Chaujée) 44.

Moder: Bädermistr. Haberland, Graudenzstr. 170  
Kaufmann Karisnewski (J. Rutner)  
" Kochi, Graudenzstraße 95.

Firma Raciniemia, Kolonialwaren,  
Lindenstr. 12.

Bädermeister Gegrz, Lindenstraße 64.

Bädermeister Lucht, Konditoreistraße 29

\* Gesakte Einbrecher. Dank der energischen Nachforschungen der Polizeibehörde konnten die Einbrecher, die vor einigen Tagen die evangelische St. Georgenkirche in Moder um das silberne Abendmahlsgerät bestohlen, jetzt ermittelt und verhaftet werden. Es sind der 81-jährige Mieczysław Wiśniowski und der 28-jährige Bolesław Karat aus Alexandrowo. Sie wurden der Staatsanwaltschaft des hiesigen Bezirksgerichts zur Aburteilung übergeben. \*\*

\* Aufgelöste Diebstähle. Die kürzlich verübten Diebstähle einer Kassette mit Silberrubeln, Wechseln usw. im Werte von 1000 Zloty zum Schaden von Kilichowski und von Tabakwaren zum Schaden von Anna Szyling konnten durch die Polizei aufgeklärt werden. Die Täter sind die obdachlosen Walenty Swietlikowski und Hieronym Fabryński, die ins Bezirksgericht eingeliefert wurden. \*\*

\* Dem letzten Polizeibericht zufolge gelangten fünf kleine Diebstähle zur Anzeige und wurden sechs Personen festgenommen, darunter zwei wegen Betruges, drei wegen Diebstahls und eine unter dem Verdacht der gewerbsmäßigen Unzucht. \*

m. Dirschau (Drezew), 27. Juli. Sein Fahrrad wurde kürzlich gestohlen. Einem Herrn Sabowski von hier wurde kürzlich das Fahrrad gestohlen. Zusätzlich traf er einen auswärtigen Radler, welcher das gestohlene Rad bei sich führte. Er übergab den Dieb der Polizei. — Gestohlen wurde im Zuge Warschau-Danzig der Kaufmann Alfonsz aus Siedlitz. Er war während der Fahrt eingeschlafen. Ein bisher unbekannter Täter stahl ihm Wechsel in Höhe von 17 000 Zloty. — Auf dem letzten Wochenmarkt wurden folgende Preise notiert: Butter 1,80–2,20, Eier die Mandel 2,20–2,30. Der Gemüsemarkt war reichlich besucht. Zwiebeln kosteten 0,20, Gurken 0,30 bis 0,50, Kirschen der Liter 0,50, Blaubeeren 0,40, Birnen 1–2,00. — Bis Sonnabend, 2. August, ist des Nachts die Neustadtavothese geöffnet.

a. Schweiz (Świecie), 25. Juli. Gestern nachmittag zog nach einer drückenden Schwüle das erste schwere Gewitter in diesem Jahr über unsere Stadt und Umgebung. Ein Blitz schlug in die Scheune des Besitzers Schlüter in Wilhelmsmark bei Grutchno hiesigen Kreises. Die Scheune mit der gesamten Ernte wurde ein Raub der Flammen.

\* Aus dem Kreise Schweiz (Świecie), 26. Juli. Der Polizei in Michelau (Michałow) gelang es, eine Einbrecherbande, die schon längere Zeit im Kreise Schweiz Landwirte mit fortwährenden Schweinediebstählen beunruhigte, zu ergreifen. Zwei der Mitglieder des Diebstahlkonsortiums, Antoni Szymborski und Jan Czeprecki aus Kruszyce (Kruszec), Kreis Schweiz, hatten dieser Tage nichts bei einem Michelauer Besitzer wieder einige feiste Vorstiere erbettet. Die Michelauer Polizei nahm auf erfolgte Meldung die Verfolgung der Täter auf und hatte das Glück, die beiden Ge nannten zu erwischen. Sie wurden der Gerichtsbehörde übergeben.

ch. Tuchel (Tuchola), 26. Juli. Einem Mord, der vor sechs Jahren an dem Ansiedler Werra in Schleiden bei Tuchel verübt wurde, ist man jetzt auf die Spur gekommen. Die Verhaftung des früheren Knechtes des Ermordeten hat die Untersuchung sehr stark gefördert. Der Knecht gab nun an, daß der Ansiedler Jan Werra Anfang 1924 vom eigenen Sohn mit einer Axt erschlagen wurde. Die Ansiedlerin an dieser schrecklichen Tat soll die Frau W. gewesen sein. Die Leiche liege auf der Ansiedlung bei Schleiden in der Scheune vergraben. Am letzten Freitag begab sich nun eine Untersuchungskommission an den Tatort und ließ dort die Ausgrabung vornehmen. Man fand tatsächlich den Erschlagenen an der angegebenen Stelle. Bei einem Lokaltermin mußten die Mörder unter dem Druck des Belastungsmaterials schließlich die Tat zugeben, die der 24-jährige Sohn des Werra ausführte. Der Vater begab sich an dem kritischen Abend mit Hemd und Hose bekleidet in die Scheune, um nach dem Rechten zu sehen. Dort habe der Sohn den Vater von hinten mit der Axt angegriffen und ihm Schläge über den Kopf versetzt, die den alten Werra sofort zu Boden streckten. Der Mörder habe dann gemeinsam mit dem Knecht die Leiche in der Scheune etwa 1½ Meter tief vergraben.

v. Culm (Chełmno), 26. Juli. Am Donnerstag ertrank in der Weichsel in der Nähe der Badeanstalt der beim Bädermeister Redyger beschäftigte Geselle Bronisław Skapolski. S., der zusammen mit seinem Chef in einem Kahn fuhr, stieg in der Nähe der Badeanstalt, wo das Wasser kaum bis an das Knie reicht, aus dem Kahn aus, geriet plötzlich in eine tiefe Stelle und ertrank.

# Neuenburg (Nowe), 26. Juli. Auf dem letzten Wochenmarkt in Neuenburg gab es so reichlich Butter, daß deren Preis von 2,20 auf 1,80 pro Pfund zurückging. Auch der Preis für die Mandel Eier gab von 2,20 auf 2,00 nach. Von Kartoffeln wurden nur wenige und ausschließlich frische angeboten für 0,00–8,00 der Bentner. An Hühnern wurden junge mit 1,00, alte mit 3,50–4,00 das Stück verkauft. Gemüse und Früchte preisten: grüne Bohnen 0,30–0,50, Wachsbohnen 0,50, Kocherbösen 0,35, Rhabarber 0,25, Tomaten 1,50, Sauerkirschen 0,20–0,30, Himbeeren 0,40–0,50, Blaubeeren 0,30 je Pfund, Mohrrüben 3 Bund 0,25, Kohlrabi Bund 0,15, Salat 3 Kopf 0,10, Gurken 3 Stück 0,20, einzelne 0,10, Radisches 1 Bund 0,10, Zwiebeln 3 Bund 0,25, Blumenkohl Kopf 0,20–1,00. Von Fischen kosteten: Hechte 1,50, Aale 1,50–2,25 je nach Stärke das Pfund, sowie Glüßkrebse Schok 3,50. Holz preiste in gewohnter Höhe.

p. Neustadt (Wejherowo), 26. Juli. Eine Einbrecherbande konnte durch die Polizei unschädlich gemacht werden. Es handelt sich um eine Bande halbwüchsiger, arbeitscheuer Jungen, die während der Nächte ihrem „Geschäft“ nachgingen. Sie stahlen alles, was für sie leicht erreichbar war. Dem Großgeschäft W. Cyrlak entwendeten sie Grammophonplatten, kleinere Schuhmäppchen, Fahrräder u. a. Andere Geschäfte erleichterten sie um die Ladenkasse. Durch Zufall und Uneinigkeit der „Bunt“ kam die Polizei dahinter und revidierte die Elternwohnungen mit gutem Erfolge. Die zutage gebrachten Sachen wurden von den bestohlenen Besitzern sofort als ihr Eigentum erkannt. Die Polizeibeamten nahmen als Wandersburschen verkleidet die Diebe fest.

h. Strasburg (Brodnica), 26. Juli. Neue Höchstpreise hat der Starost für den hiesigen Kreis festgesetzt. Die Preise gelten für ein Kilogramm: Rindfleisch 2–2,30, Schweinfleisch 2,30–2,40, roher Speck 2,70, Eisbein 0,50, Kopf und Backen 0,70, Schmalz 3,70, Wurst mittlerer Güte 2,30. — Am vergangenen Montag überfiel in Druschen (Druszyń) im hiesigen Kreise ein etwa 22 Jahre alter Mann eine 45-jährige Frauensperson, um ihr Gewalt anzutun. Da die Frau sich energisch zur Wehr setzte, riß der Bandit ihr die Handtasche mit 3 Zloty Inhalt fort und verschwand damit im Wald. Kurze Zeit darauf hielt er eine 56-jährige Frau an und begann sie zu würgen. Der Rohling konnte von Eisenbahnarbeitern, die in der Nähe beschäftigt waren, ergreifen werden. — In Forsthausen (Szafarnia) brannten dem Landwirt Josef Sabrowski Wohnhaus, Stall und Scheune nieder. Der Brandbeschädigung beträgt etwa 4000 Zloty. Er war nicht ver sichert. Entstanden ist das Feuer durch Kinder, die mit Streichhölzern spielten. — In Bobrau (Bobrowo) verbrannte dem Landwirt Anton Rzapa ein Staken Roggen im Werte von 1200 Zloty. Entstanden ist der Brand durch umherschleichendes Gesindel. — In Borki fiesen einem Brände zwei Wohnhäuser, drei Viehställe und drei Scheunen zum Opfer, und zwar der Frau Helene Romanowska das ganze Gehöft nebst totalem Inventar im Werte von 8000 Zloty, dem Besitzer Ignaz Romanowski das ganze Gehöft und teilweise das tote Inventar im Werte von 5000 Zloty und dem Landwirt Wladyslaw Piskowski Stall und Scheune im Werte von 2000 Zloty. Das Feuer war durch herausfliegende Funken entstanden. Da alle Bauwerke mit Stroh gedeckt waren, hatte das Feuer reichliche Nahrung gefunden.

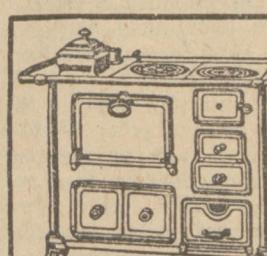
## Aus den deutschen Nachbargebieten.

\* Nienwalde, 25. Juli. Ein Anschlag auf ein Auto wurde in der Nacht zum Montag auf der Chaussee zwischen Nienwalde und Gr. Brunau verübt. Als ein Kreisbeamter vom Nienburger Rennen mit dem Kraftwagen auf dem Heimweg nach Rosenberg begriffen war, wurde von einem bisher Unbekannten ein Stein gegen das Auto geschleudert, der die Windschutzscheibe durchschlug und den Fahrer ungünstig traf, daß er die Besinnung verlor. Die Frau des Kraftwagenführers, die neben ihm saß, erfaßte sofort die gefährliche Situation und ergriff das Steuer, wodurch größeres Unheil abgewendet wurde. Die Ermittlungen nach dem gemeingefährlichen Täter haben noch zu keinem greifbaren Erfolg geführt.

\* Köslin, 25. Juli. Tödlicher Verkehrsunfall. Der Sohn des Landwirts Knoop fuhr auf seinem Rad die Danzigerstraße in der Richtung nach der Stadt entlang. Eine Autotaxe kam ihm entgegen. In der Nähe der Ernst-Sachsen-Straße kam es zu einem Zusammenstoß, Knoop stürzte und das Auto ging über ihn hinweg. Durch den Zusammenprall geriet der Wagen ins Schleudern und stieß gegen einen Laternenpfahl, riß ihn um, wobei ein Fußgänger, der auf die Elektrische wartete, ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen wurde. Knoop wurde mit schweren Kopfverletzungen ins Kaiser-Wilhelm-Krankenhaus gebracht, wo er inzwischen verstorben ist.

\* Insterburg, 25. Juli. Schwere Autounfall. Auf abschüssiger Chaussee fuhr ein Radfahrer einem Auto in die Seite. Beim Versuch auszuweichen verlor der Lenker das Kraftwagen die Gewalt über das Gefährt, so daß sich das Auto überschlug und in den Chausseegraben stürzte. Dabei wurden drei Insassen des Autos schwer verletzt. Der Radfahrer hat einen Schädelbruch davongetragen.

## Thorn.



## Herde

In verschiedenen Größen  
empfehlen

Falarski &amp; Radaike

Tel. 561. Toruń Tel. 561.

Szeroka 44. Stary Rynek 36.

## Möbel!

hebamme

erteilt Rat, nimmt  
Damen auf Friedrich  
Toruń, Sw. Jakuba 13.  
5034

## 100 Zimmer-Einrichtungen

fertig zur Auswahl am Lager  
in allen Preislagen empfehlen

## Gebrüder Tews

Möbel-Fabrik

7429

Telefon 84 Toruń Mostowa 30

## Ba. Böhnen-Wein

Alfoelder 1928 per Flasche 3.50 Zl

## W. Maćkowiak, Toruń

vorm. Sultan &amp; Co.

7561

## Für die Einmachzeit!

Ullstein-Sonderhefte:

## Vom Obst einmachen

## Salizyl - Pergament - Papier

Glashaut

in Bogen vorrätig bei

Justus Wallis, Papierhdg.

Szeroka 34 Toruń Gegründet 1853

7312

Vertriebsstelle Lindemann

in Culmsee

gelesen.

Bestellungen von Anzeigen sowie neue Abonnements zum Bezug der Deutschen Rundschau nimmt jederzeit entgegen die

Deutsche Rundschau wird in Culmsee und in der Umgebung in vielen deutschen und auch polnischen Familien

gelesen.

Die Deutsche Rundschau wird in Culmsee und in der Umgebung in vielen deutschen und auch polnischen Familien

## Die Diktatur der 90 Tage.

Im "Neuen Wiener Journal" entdecken wir in einer von Jurius gezeichneten Berliner Korrespondenz folgende recht interessante Wahl- und Nachwahl-Gedanken, die wir unseren Lesern nicht vorhalten wollen, weil sie für die Entwicklung der deutschen innerpolitischen Verhältnisse nicht unweentlich sind:

"Wie ein sterblicher Körper, durch langjährige Infektionskrankheit zerstört, starb der vierter Deutsche Reichstag dahin. Das Leben, an dem er litt, haben prominente Parteiführer der Rechten wie der Linken in der letzten Sitzung mit erschütternder Ehrlichkeit beim wahren Namen genannt; die demokratische Parlamentsmaschine mußte versagen, weil beide großen Flügelparteien, die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten, hartnäckig darauf bestanden, „an dem Feuer der Statsnot“, wie sich der verzweifelte Finanzminister ausdrückte, „ohne Rücksicht auf das Allgemeininteresse ihre Parteisuppe zu kochen“. Bleib der politischen Weisheit letzter Schluss: Diktatur Hindenburg ließ den Notparagraphen 48 verhindern. Das Parlament lehnte ihn ab, wurde aufgelöst, die Notverordnung auf vierundzwanzig Stunden automatisch außer Kraft gesetzt, um dann sofort nach Eintritt des Ex-Lex-Zustandes als Selbstverständlichkeit neuerdings dekretiert zu werden.

Gemäß den Staatsgrundgesetzen, wie sie sich aus der Weimarer Verfassung ergeben, befindet sich Deutschland nun in einer innenpolitischen Situation, die in ihrer Art geradezu ein Novum darstellt. Zunächst: der Verfassung nach sind die Neuwahlen zum Reichstag innerhalb sechzig Tagen nach der Reichstagsauflösung vorzunehmen, demnach am 14. September. Dreißig Tage nach erfolgter Wahl hat der neue Reichstag seine erste Sitzung abzuhalten. Bis zum 14. Oktober hat also das Kabinett Brüning Zeit und freie Hand, nach eigenem Ermessens, ohne durch Parteihemmungen gebunden zu sein, parlamentarisch zu regieren. In dem besagten 14. Oktober jedoch wird sich für den neuen Reichstag, bezüglich dessen voraussichtlicher Gestaltung gräßter Pessimismus herrscht, ein äußerst fatales Dilemma ergeben. Man darf nämlich nicht vergessen, daß die Weimarer Verfassung ausdrücklich betont, daß ein Reichstag nur ein einziges Mal aus ein und demselben Grund aufgelöst werden darf. Diesmal geschah es wegen der Nichtannahme der Notverordnung. Aber wird der neue Reichstag dann diese Notverordnung akzeptieren? — Es wurde bereits betont, daß man sich von den kommenden Wahlen alles, nur keinen Ausgleich des Parteidiktatums in Deutschland erhofft; im Gegenteil. Da die großen Flügelparteien, deren vornehmste Aufgabe darin bestanden hätte, bis zum Aufruhr an einem staatenhaltenden, demokratischen Programm festzuhalten, da die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten mit Vollmann in das innenpolitische Chaos hineinstürzten, so können jetzt die extremen Gruppen mit Recht auf gewaltigen Zuwachs warten. Nationalsozialisten und Kommunisten werben die Nutznießer des rohen Debakels hin. Von diesen aber kann man wohl kaum erwarten, daß sie sich je mit einer Ausnahmeverordnung wie dem Paragraphen 48 vertraut machen werden. Ohne die Notverordnung aber geht es nun einmal nicht, wie man gesehen hat. Anderseits darf Hindenburg kein zweites Mal wegen Nichtannahme des Diktatursparagraphen den Reichstag auseinanderzagen. — Also?

Also bleibt der Regierung Brüning nichts anderes übrig, als während der neunzig Tage, da ihr das Instrument der Diktatur vorbehältlos in die Hand gegeben ist, alle jene Versügungen zu treffen, die einen parlamentarischen Zusammenbruch, wie man ihn in Deutschland in den letzten Monaten mit ansehen mußte, für die Zukunft ein für allemal unmöglich zu machen.

## Mein Kind hat keinen Appetit!

Einige Winke für besorgte Mütter.

"Es ist schrecklich — unser Kind ist so schlecht!" klagt es bestürmte Mutter. "Wir haben schon alles versucht, es mit Güte und mit Strenge dazu zu bewegen, bei den Mahlzeiten seinen Teller leer zu essen, aber vergebens! Statt besser wird es immer schlimmer mit ihm, und es ist nun schon soweit gekommen, daß wir uns zu jeder Mahlzeit mit Unlust niedersehen, weil wir von vornherein wissen, daß sie uns wieder die unvermeidlichen Szenen bringt: Die Weigerung des Kindes, zu essen — unser Zureden, endlich Schelte, Tränen. Wahrhaftig, es vergeht einem selber der Appetit dabei!"

"Und da wundern Sie sich, wenn das Kind, das ein soviel zarteres und empfindlicheres Nervensystem besitzt, nicht essen mag?" fragte ich. Die Mutter sah mich zweifelnd an. „Sie meinen? —"

"Ja, ich meine!" sagte ich energisch. "Sehen Sie, Sie selber erzählen mir, daß schon der Gedanke an die, wie Sie denken, unvermeidlichen Austritte bei den Mahlzeiten in Ihnen Unlustgefühle weckt und die Lust beeinträchtigt! Wie viel mehr muß dies bei dem Kind der Fall sein, das sich doch immer mehr oder weniger von der „Übermacht“ der ihm gütlich oder streng zuredenden Erwachsenen bedrückt fühlt! War die Appetitlosigkeit bei den ersten Malen ihres Auftretens eine rein zufällige, so liegt die Gefahr vor, daß sie jetzt chronisch wird, wenn Sie Ihr falsches Verfahren nicht aufgeben. Man glaubt ja gar nicht, welche Hartnäckigkeit solche Unlustgefühle haben können! Ich kannte eine Dame, die eine bestimmte Schokoladenpfeife in einer Gesellschaft aus Höflichkeit noch gegessen hatte, obgleich sie sich an jenem Abend bereits sehr elend fühlte und wirklich in der Nacht darauf ernstlich erkrankte. Seitdem erregt ihr der bloße Gedanke an diese gleiche Speise, die vorher zu ihren Lieblingsgerichten zählte, schon Übelkeit und Widerwillen. Ohnlich verhält es sich mit Ihrer kleinen: Weil sie weiß, daß ihr „Nicht-essenkönnen“ ihr Unannehmlichkeiten eintragen wird, steigert sich der Widerwillen gegen die Nahrungsaufnahme immer mehr!"

"Aber was sollen wir tun? Wir können und dürfen dem Kind doch nicht einfach den Willen lassen — einmal aus erzieherischen Gründen nicht und dann aus gesundheitlicher Rücksicht nicht! Das Kind muß doch seine regelmäßigen Mahlzeiten zu sich nehmen." Sicherlich! Aber — Sie dürfen keine Haupt- und Staatsaktion daraus machen! An Ihrer Stelle würde ich während der nächsten acht,

Der Wortlaut des Artikels 48 besagt, daß der Reichspräsident, wenn im Deutschen Kaiser die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört und gefährdet wird, die zu ihrer Wiederherstellung nötigen Maßnahmen treffen kann, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht, und zu dem Zwecke außerdem vorübergehend diejenigen Bestimmungen der Verfassung außer Kraft setzen kann, welche sich auf Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Unantastbarkeit der Wohnstätte und des Eigentums beziehen."

Diese Mittel sind nun während der kommenden neunzig Tage dem Kabinett Brüning in die Hand gegeben. Die Regierung Brüning ist rein bürgerlich, hat demnach die Möglichkeit, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den Hebel nach rechts zu stellen, so weit nach rechts, daß von ganz links und der extrem nationalistischen Seite her in Zukunft jede Sabotage des staatlichen Gleichgewichts unmöglich wird. Die Regierung Brüning hat den Wahlapparat in ihrer Hand. (Das bedeutet in Deutschland nicht dasselbe wie in slawischen Ländern, denn eine Deutsche Regierung kann mit dem Wahlapparat bei ihrer objektiven Einstellung nichts anfangen. D. R.) Sie kann im Wege von Notverordnungen (?) dafür sorgen, daß der kommende Reichstag so gestaltet wird, daß er endlich einmal produktiv arbeitet. Sie kann die gerade in den letzten Wochen heillos exzidierte deutsche Extremistepresse in ihre Schranken weisen, sie hat endlich die Macht, Front und Brauhembuden zu anständigen Staatsbürgern zu machen. Sie kann, was das Wichtigste ist, mit geschicktem Griff die so trostlos verworrenen Staatsfinanzen in Ordnung bringen — mit einem Wort, die Regierung Brüning kann derzeit sozusagen alles. (?) Unerhörte Macht ist ihr in die Hand gegeben — allerdings nur auf die Dauer von neunzig Tagen. Eine lange und zugleich sehr kurze Zeit. Zeit muß sich endgültig erweisen, ob das deutsche Bürgertum die Kraft — und was noch wichtiger ist — den Mut besitzt, mit dem revolutionären Schutt, rechts und links, aufzuräumen und sich endlich für das Wichtigste und einzig Mögliche entscheidet, nämlich — bürgerlich, staatsbürgерlich zu denken und es auch zu sein."

Es ist auffallend, daß wir diese grundlegenden Gedankengänge, die wir selbst noch vor der Auflösung des Reichstages kurz angedeutet hatten, in einem Wiener Linkenblatt und, trotz sorgfältigsten Studiums noch nicht in der großen Reichsdeutschen Presse gefunden haben. Richtig an diesen Überlegungen ist amellos, daß der neue Reichstag noch weniger arbeitsfähig sein dürfte als der alte. Eine Mehrheit mit den Sozialdemokraten ist bei der Abkehr der Deutschen Volkspartei von marxistischen Bündnissen kaum denkbar. Ebenso aber wäre es ein Wunder, wenn die Rechtsgruppen, die hinter der Regierung stehen, oder auch das Zentrum und die liberale Mitte jene 16 Mandate dazu erobern, die dem Kabinett Brüning zu einer Mehrheit fehlten. Selbst wenn dieses Wunder geschiehe, betrüge diese Mehrheit nur einen ganzen Mann und könnte jederzeit in eine Minderheit verwandelt werden.

Diese Betrachtung zeigt, daß Macht und Verantwortung sich in Deutschland immer mehr vom Parlament her auf Reichspräsident und Regierung verschieben. Auch gegenüber dem neuen Reichstag kann der Reichspräsident — und in diesem Punkte sind wir anderer Meinung als Jurius — leicht mit Art. 48 regieren; er wird wahrscheinlich dazu gezwungen sein. Wenn die Verfassung dem entgegensteht, kann er die Auflösung des Parlaments freilich nicht mehr wegen der Ablehnung der jetzt aktuellen Notverordnung der Steuerabrechnung beschließen. Aber der Reichspräsident und sein Kabinett haben bekanntlich überreiches Material genug, um andere Notverordnungen zu erlassen. Die von Jurius angedeuteten Schwierigkeiten lassen sich also auch rein technisch beheben.

\*

vierzehn Tage einmal anscheinend garnicht darauf achten, ob das Kind ist oder nicht. Bringen Sie gleich, während Sie alle sich zur Mahlzeit niedersezen, eine möglichst lebhafte Unterhaltung in Gang oder erzählen Sie selber etwas, was das Kind interessiert. Füllen Sie ihm so ganz nebenbei den Teller — und zwar tun Sie ihm zunächst nur ganz wenig auf, denn gerade der Anblick großer Portionen und das Gefühl, diese nicht bemächtigen zu können, steigert oft namentlich bei nervösen Kindern die Lust. Macht das Kind keine Menge zu essen oder hört es nach wenigen Bissen wieder auf, so nehmen Sie keinerlei Notiz davon. Sie werden bald finden, daß das Kind aufhört, „Schwierigkeiten“ beim Essen zu machen, wenn es merkt, daß niemand darauf achtet, wenn es nicht mehr im Mittelpunkt des Interesses steht und wenn es — zwischen den Mahlzeiten nichts anderes bekommt. Dies letztere ist natürlich eine Haupsforderung. Kindern, die „schlechte Esser“ sind, darf man keine Zwischenmahlzeiten verabreichen, und sei es auch nur „das Häppchen Schokolade“ oder „das bisschen Kuchen“ usw. Die Appetitlosigkeit vieler Kinder kommt von diesem gewohnheitsmäßigen „Zwischendurchnaschen“ her. Gerade durch diese häufigen kleinen Gaben kommt der Magen nie zur Ruhe und kann sich nie ein richtiges, gesundes Hungergefühl entwickeln. —"

"Ja, genau so ist es auch bei unserer Visa! Solche „Kleinigkeiten“ kann sie den ganzen Tag essen, mal ein halbes Weißbrotchen, mal einen Zwieback, oder Obst, Äpfel und andere Süßigkeiten. Und wir haben ihren Wünschen auch öfter willfährig, weil wir uns sagten: Irrgendetwas muß das Kind doch schließlich essen! Aber ich sehe ein, daß dies Verfahren doch wohl nicht das Richtige ist."

"Nein, bestimmt nicht! Geregeltere Mahlzeiten sind außerst wichtig für das Gediehen des Kindes, und wie ich schon sagte, braucht gerade der kindliche Magen genügend lange Verdauungspausen. Aber Sie können dem Bedürfnis des Kindes nach leichter und doch hochwertiger Kost dabei entgegenkommen und werden dann auch finden, daß seine Lust sich hebt. Wenn die Kleine tapfer ihren wenn auch nur kleinen Anteil vom Hauptgericht verzehrt hat, so können Sie sie getrost soviel vom Kompott, der süßen Speise oder aus der Obstschale zulängen lassen, wie sie mög. Diese Dinge sind ihr oft weit zuträglicher, als unsere Erwachsenen-Kost, obgleich sie natürlich alles essen lernen muß!"

"Ja, da kommen wir doch auf ein sehr wichtiges Thema! Soll und muß unser Kind „alles“ essen? In unserer eigenen Kinderzeit wurde dies verlangt. Und wenn es

## Ein Antrag des deutsch-polnischen Komitees.

Namens des deutsch-polnischen Komitees hat dessen Vorsitzender Professor Julius Wolf an den Reichskanzler, den Vizekanzler und den Reichsaußenminister telegraphisch den Antrag gerichtet, den deutsch-polnischen Handelsvertrag durch Notverordnung deutscherseits zu ratifizieren, weil er für die Hebung der Wirtschaft im Osten unerlässlich sei.

Gilt es wirklich so mit dieser Ratifizierung, daß sie auf dem Wege der Notverordnung vollzogen werden muß? In Polen denkt kein Mensch daran, daß das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen vor dem Herbst dem vertragten Sejm vorgelegt werden könnte. Auch die Erledigung an diesem Termin ist noch durchaus zweifelhaft. In Polen hat man noch nicht einmal das deutsch-polnische Liquidationsabkommen ratifiziert, das bekanntlich gemäß der polnischen Verfassung ohne Genehmigung des Parlaments nur durch die Unterschrift des Staatspräsidenten Gelesen werden kann.

## Die Deutschen Reichstage und Regierungen.

Von Ludwig Neustädter.

Der Reichstag, der durch eine Verfügung des Reichspräsidenten von Hindenburg am 18. Juli ausgelöst worden ist, war am 20. Mai 1928 gewählt worden. Er war, wenn man von der Nationalversammlung absieht, der vierte Reichstag der deutschen Republik. Von seinen 491 Sitzen hatten die Sozialdemokraten 153, die Deutschnationalen 78 das Zentrum 61, die Kommunisten 53, die Deutsche Volkspartei 45, die Demokraten 25, die Wirtschaftspartei 23, die Bayerische Volkspartei 17 Sitze inne. Soweit die Parteien, die im Reichstag Fraktionsstärke besaßen. Fraktionslos waren die Nationalsozialisten mit 12 Mandaten, die Christlichnationalen Bauern- und Landvolkspartei mit 9, die Deutsche Bauernpartei mit 8, die Deutsch-Hannoversche Partei mit 4, die Volksrechts-Partei mit 2 und Parteilose mit 1 Mandat. Die Christlichnationalen Bauern- und Landvolk-Partei schloß sich später mit den aus der Deutschnationalen Fraktion ausgetretenen 12 Volksconservativen zu einer Fraktionsgemeinschaft, der Christlichnationalen Arbeitsgemeinschaft, zusammen, der sich später ein weiterer deutschnationaler Abgeordneter anschloß.

Vergleicht man die Ergebnisse der bisherigen Reichstagswahlen miteinander, dann kann man die Entwicklung der einzelnen Parteien verfolgen. Die Deutschnationalen Volkspartei besaß in der Nationalversammlung 47 Sitze, im ersten Reichstag, der 1920 gewählt wurde, stieg ihre Mandatsziffer auf 71, im zweiten (gewählt am 4. Mai 1924) auf 95 und im dritten Reichstag (gewählt am 7. Dezember 1924) auf 103 und wurde durch Beitreite zur Fraktion sotar auf 107 erhöht. Dann folgte die große Wahlniederlage am 20. Mai 1928; aus dieser Wahl ging die Partei mit nur 63 Abgeordneten hervor, die sich durch Beitreite zur Fraktion auf 78 vermehrten.

Besonders interessant ist die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei, die in der Nationalversammlung 163 Sitze besaß, zu denen noch 22 Unabhängige Sozialisten kamen. Im zweiten Reichstag erlitten die Sozialdemokraten eine fulminante Wahlniederlage; sie erhielt nur 102 Mandate, wogegen die Unabhängigen auf 84 Sitze hinaufschossen. Dann kam die Wiedervereinigung, die zu einer neuen Niederlage führte. Die Sozialdemokraten errangen nur mehr 100 Mandate, während die Unabhängigen verschwanden. An ihrer Stelle fanden sich im zweiten Reichstag 62 Kommunisten, obgleich es im vorhergehenden Reichstag nur vier Kommunisten gegeben hatte. Dann kamen die beiden großen Wahlsiege der Sozialdemokraten, die bei der dritten Reichstagswahl wieder 181 und bei der vierten 153 Mandate erlangten. Die Kommunisten hatten in diesen Reichstagen 45, bzw. 53 Mandate.

Sehr bemerkenswert ist auch die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Partei, die bei den

ein Gericht gab, daß wir nicht möchten, so erschien unser halbgelerter Teller unweigerlich zur nächsten Mahlzeit wieder auf dem Tisch. — Halten Sie das für richtig?"

"Nein, denn man würde durch ein solches Zwangsverfahren die Abneigung und die allgemeine Lust des Kindes nur steigern! Nun tut man aber auch den Kindern keinen Gefallen, wenn man sie gewohnheitsmäßig am Essen herumhängeln und bald diese Speise ablehnen läßt. Später, im Leben außerhalb des Elternhauses, wird sich oft genug für sie die Notwendigkeit ergeben, „alles“ essen zu können, und dies wird ihnen umso leichter fallen, je mehr sie es in der Kindheit gewöhnt geworden sind. Als Ausweg empfehle ich deshalb die strikte Forderung, daß die Kinder von allem essen müssen, was auf den Tisch kommt, aber daß man bei besonders unbeliebten Gerichten die Zuteilung herabmindert und die Selbstüberwindung dann durch einen angenehmeren Zusatz bezw. Abhöhlung der Mahlzeit belohnt! Ich habe gefunden, daß sich dies Verfahren bewährt!"

"Und wenn man nun trotz Befolgung aller dieser Regeln merkt, daß das Kind tatsächlich nicht essen kann? — Was dann?"

"Dann muß man der Ursache auf den Grund gehen. Vielleicht bereitet sich eine ernsthafte Krankheit des Kindes vor, und ärztliche Untersuchung wäre anzuraten. Oder aber es liegen bei einem sonst gesunden Kind andere Hemmungen vor: vielleicht kommt es zu müde und abgespannt aus der Schule — ein halbes Stündchen auf dem Ruhesessel vor dem Essen wäre hier angebracht. Es fehlt vielleicht auch dem Kind an Bewegung, an Aufenthalt in frischer Luft. Oder der Zeitpunkt der allgemeinen Mahlzeiten liegt zu ungünstig, vielleicht wegen der „Tischzeit“ des Familienvaters u. a., sodass das Kind zu lange Pausen machen muss und demgemäß „überhungergt“ und bei der eigentlichen Mahlzeit dann appetitlos ist... Alle diese Gründe können mitsprechen, und sie machen oftmals ein Abweichen von der strengen Regel nötig, sowohl was die Zusammensetzung als auch was den Zeitpunkt der Mahlzeiten anbetrifft. Im allgemeinen aber kann man sagen: „Hunger ist der beste Koch!“ Das gilt auch für die Kinder, wenigstens für ein gesundes, normales Kind — und darum lassen Sie Ihre Kleine, wenn sie wieder einmal „Streikluste“ beim Essen zeigen sollte, getrost einmal eine Mahlzeit überschlagen — Sie werden sich wundern wie gut ihr dann beim nächsten Male das „Futter“ schmeckt!"

Wahlen zur Nationalversammlung über 5% Millionen Stimmen aufbrachte und 75 Abgeordnete in die Nationalversammlung entsandte. Schon bei den Wahlen zum ersten Reichstag verlor sie die Hälfte ihrer Mandate; es wurden nur mehr 39 demokratische Abgeordnete gewählt. Im zweiten Reichstag ging die Zahl ihrer Sitze weiter auf 28 zurück, und nach einer kleinen Erholung auf 32 im dritten Reichstag blieben ihr in dem jetzt aufgelösten vierten Reichstag nur 25 Sitze, die bei den Wahlen am 14. September wohl noch eine weitere Verringerung erfahren dürften.

Das Zentrum, das mit 91 Abgeordneten in der Nationalversammlung vertreten war, erlebte seine große Niederlage bei der ersten Reichstagswahl, die Zahl seiner Mandate sank auf 64. Später hielt sich das Zentrum ziemlich konstant, es erlangte bei den folgenden Wahlen 65, 67 und 61 Mandate. Die Deutsche Volkspartei, die in der Nationalversammlung nur 19 Sitze besaß, fing die großen Verluste des Zentrums und der Demokraten, die sich in der Nationalversammlung zu weit nach links begeben hatten, auf und schnelte im ersten Reichstag auf 65 Mandate empor. Im zweiten Reichstag besaß sie 45, im dritten 50 und im letzten wieder 45 Mandate. Die Nationalsozialisten, die bei der kommenden Wahl wohl den großen Sieg ersehnen werden, haben im Deutschen Reichstag schon einmal gute Tage gesehen. Während sie in der Nationalversammlung und im ersten Reichstage nicht vertreten waren, gewannen sie bei den Maiwahlen 1924 32 Mandate. Die Herrlichkeit dauerte freilich nicht lange; im Dezember desselben Jahres wurde der neue Reichstag gemäßigt, in den nur mehr 14 Nationalsozialisten zurückkehrten; im letzten Reichstag waren es zwölf, allerdings anderer Couleur; denn sie nennen sich Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung), während jene sich den Namen „Nationalsozialistische Freiheitbewegung“ beigelegt hatten.

Sehr konstant hat sich die Wirtschaftspartei entwickelt, die in der Nationalversammlung und im ersten Reichstag 4 Mandate besaß, dann auf 10 bzw. 21 bzw. 23 anstieg. Die Entwicklung der anderen Parteien wie z. B. der Bayerischen Volkspartei ist weniger interessant, weil die Möglichkeit besonders dieser Partei, Mandate zu gewinnen oder zu verlieren, gering ist.

Einige kurze Worte noch über die Reichskabinette von 1919 bis 1930. Das Kabinett Brüning, das jetzt im Amt ist, war das 17. Reichskabinett. Das 1. Reichskabinett unter dem Kanzler Scheidemann, trat sein Amt am 15. 2. 1919 an. (Bis zu diesem Zeitpunkt regierte der Rat der Volksbeauftragten). Die Regierung Scheidemann stützte sich auf Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum. Ihr Außenminister war Graf Brockdorff-Ranau, der deutsche Delegationsführer in Versailles und spätere Botschafter in Moskau. Am 20. 6. 1919 folgte die Regierung des Sozialdemokraten Bauer mit dem Außenminister Hermann Müller und dem Finanzminister Erzberger. Am 5. Oktober 1919 die zweite Regierung Bauer, mit dem Unterschied, daß die Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokratie auch auf die Demokraten ausgedehnt wurde. Am 26. März 1920 folgt die erste Regierung Müller, am 20. 6. 1920 die Regierung Fehrenbach, am 9. 5. 21 und 26. 10. 21 die beiden Kabinete Wirth, am 22. 11. 22 die Regierung Cuno, die erste Reichsregierung, die sich nicht auf die Sozialdemokraten stützte. Am 18. 8. 23 kam dann unter der Kanzlerschaft Stresemanns, der gleichzeitig das Auswärtige Amt übernahm, zum ersten Male die Große Koalition von den Sozialdemokraten bis zur Volkspartei. Die Große Koalition zerbrach schon nach 6 Wochen und nach vergeblichen Umbildungsversuchen folgte das erste Minderheitskabinett Marx mit Stresemann als Außen- und Luther als Finanzminister, das sich auf Zentrum, Demokraten und Volkspartei stützte. Es folgen die beiden Kabinete Luther, das erste als Regierung der Rechten mit Einsturz der Deutschnationalen (Finanzminister Schlieben), das zweite als Minderheitskabinett (Volkspartei, Demokraten, Zentrum, Bayerische Volkspartei). Im Mai 1926 kam das zweite Minderheitskabinett Marx zusammen und im Januar 1927 die Rechtsregierung Marx, die bis zum 12. Juni 1928, also bis zum Zusammentritt des letzten Reichstages, im Amt blieb. Nach den Reichstagswahlen 1928 kam wieder die Große Koalition unter Hermann Müller, die nach fast zweijährigem Amtieren in beispiellose finanzielle Schwierigkeiten geriet und am 27. März 1930 zurücktreten mußte. Drei Tage später war die Regierung Brüning-Schiele-Treiranus gebildet, die am 18. Juli den Reichstag auflöste und noch heute im Amt ist.

## Letzter Abschied in Koblenz.

Koblenz, 26. Juli.

Unter ungeheuerer Beteiligung der Bevölkerung vollzogen sich am Sonnabend, dem 26. d. M., die Beisetzungsfeierlichkeiten der Opfer der Brückenkatastrophe von Koblenz. Sie wurden durch einen kurzen Weiheakt in der Turnhalle der Telegrafenläserne eingeleitet, wo die Särge der aus Koblenz stammenden Toten aufgebahrt waren. Das „Berl. Tagebl.“ erhält über die Feier folgenden Bericht:

In dem würdig geschmückten Raum, der von dem gedämpften Schein der Kerzen erhellt wird, haben sich die Hinterbliebenen und die Spitze der Behörden versammelt; unter ihnen Reichsverkehrsminister von Guérard, Minister Hirteifer, Staatssekretär Schmidt und Oberpräsident Dr. Fuhs. Die Geistlichen sprechen ein kurzes Gebet,

dann werden die vierzehn Särge hinuntergetragen und je zwei auf sieben Wagen gehoben. Sie verschwinden unter der Fülle der Blumen und Kränze. Im Hofe haben inzwischen die Fahnenabordnungen, die dem Zug voranmarschieren, Aufstellung genommen. Die Kapelle spielt einen Choral. Unter dem gedämpften Geläute sämtlicher Kirchenglocken steht sich der riesige Trauerzug langsam in Bewegung. Hinter dem Leichenwagen schreiten die Angehörigen. Es folgen die Minister, die Vertreter der Stadtverwaltung und die Freunde der Toten. Die Stadt scheint zu einer großen Trauerhalle geworden. Die Läden sind geschlossen. Die zahllosen Fahnen an den Fronten der Häuser, vor einigen Tagen noch Symbol der Freude und Begeisterung, sind auf Holzmaß gesetzt. Schul Kinder und Vereine bilden Spalier.

Tausende harren in stummer Ergriffenheit am Wege.

Gegen 5 Uhr erreicht die Spitze des Zuges den Fuß des Berges, an dessen Abhang der Friedhof liegt. Der Anstieg des Publikums ist so stark, daß der Friedhof schon einige Stunden früher polizeilich abgesperrt werden muß.

Die Geistlichen segnen die Särge ein. Dann werden diese unter den Klängen eines Chorals in die beiden Gräber gesenkt. Domkapitular Dr. Fuhs und der Generalsuperintendent der Rheinprovinz, Dr. Stoltenhoff, spenden den Hinterbliebenen in ergreifenden Ansprachen Trost. Dann legt der Reichsverkehrsminister von Guérard den Kranz des Reichspräsidenten, der Reichsregierung, des Reichsanzlers, des Reichsverkehrsministeriums und des Ministeriums für die besetzten Gebiete mit wenigen zu Herzen gehenden Worten am Grabe nieder. Minister Hirteifer übermittelt das Beileid der Preußischen Staatsregierung. Dann tritt Oberbürgermeister Dr. Russell vor: „Im ganzen deutschen Lande, in jeder Stadt und in jedem Dorfe senken sich die Fahnen auf Holzmaß für die Koblenzer Opfer. Ist dieser Gemeinschaftsgedanke nicht auch tröstlich für die Hinterbliebenen?“

Ein Choral erklingt. Die Schatten der Dämmerung senken sich schon, als die Teilnehmer der Trauerrufung langsam und stumm auseinandergehen.

## Die Untersuchung der Katastrophe.

### Eine Verleitung von unglücklichen Umständen.

Die vom Reichsverkehrsminister angeordnete Untersuchung der Brückenkatastrophe bei Koblenz fand am Freitag statt. Durch den Ministerialkommissar wurden die beteiligten Beamten eingehend gehört und die Erhebungen an Ort und Stelle vorgenommen. Die tragische Brücke liegt im Zuge des Leinpfades auf dem linken Moselufer und überbrückt die Fahrt zu dem dort befindlichen Bahnhof. Sie ist als ausfahrbare Pontonbrücke ausgebaut, um größeren Fahrzeugen den Zugang zum Hafen zu ermöglichen. Die Brücke war im Jahre 1887 erbaut und für eine Tragfähigkeit von 280 Kilogramm-Quadratmeter Nutzlast berechnet worden. Diese Nutzlast wurde, der Zweckbestimmung der Brücke entsprechend, für ausreichend erachtet; denn die Brücke ist als ein Teil des Leinpfades nicht für den allgemeinen Verkehr bestimmt. Tatsächlich konnte die Brücke eine Belastung bis zu 400 Kilogramm-Quadratmeter aufnehmen, ohne abzustürzen. Die Gehbahn ist vor zwei Jahren um 1,50 Meter höher gelegt worden, damit kleinere Fahrzeuge unter der Brücke durchfahren können. Mit der Zeit hat sich über den Leinpfad und die Brücke in gewissen Grenzen auch ein Fußgängerverkehr entwickelt, der im Interesse der benachbarten Moselanlieger nicht unterbunden wurde.

Aus Aula der Beleuchtung der Festung Ehrenbreitstein hatten sich am Abend des 22. Juli auf dem Ufergelände am sogenannten Neendorfer Eck ungewöhnlich große Menschenmassen versammelt, die nach Beendigung des Feuerwerks im dichten Gedränge auf dem nach Koblenz-Lützel führenden Schartwiesen-Weg zurückschliefen. Da die Vorwärtsbewegung dort aber nur langsam vor sich ging, wählte eine Anzahl Bushauer, um schneller vorwärts zu kommen, einen linksab vom Leinpfad führenden Weg und weiterhin den Leinpfad selbst. Es wird sich in der Hauptache zunächst um ortskundige Einwohner von Lützel und Koblenz gehandelt haben, zumal dieser Weg, weil er kein öffentlicher war, im Gegenzug zum Schartwiesen-Weg auch keine Beleuchtung hatte. Den ortskundigen Leuten werden sich dann auch Fremde angeschlossen haben. Die Brücke hätte diese Verkehrsbelastung aufzuhalten, wenn nicht aus folgender Veranlassung ein plötzliches stoßartiges Zusammenstoßen auf der Brücke und damit eine Überbelastung eingetreten wäre: Der normal über die Brücke abmarschierende Menschenstrom wurde durch einen sich von der Seite her lebhaft einschiebenden Trupp junger Leute verwirrt und zusammengeballt. Dieses wirkte um so verhängnisvoller, als außerdem irgendein Ereignis auf der Mosel oder am gegenüberliegenden Ufer die Ausuferungsfähigkeit der auf der Brücke befindlichen Passanten erregte, die infolgedessen unvermittelt stehen geblieben sind, während von den Nachkommen des Schärfsteins nachgedrängt wurde. Infolge der Überlastung wurden die Schwimmer vollständig unter Wasser gedrückt und die Seitenklappen rutschten von den Auflegern am Lande ab, so daß die Brücke, die an diesem Abend schon längere Zeit den Menschenstrom getragen hatte, ihren Halt verlor und kenterte.

Die Untersuchung des Unglücksfalles ist damit, soweit die Reichswasserstraßenverwaltung in Frage kommt, abgeschlossen. Ohne den weiteren in Gang befindlichen Ermittlungen vorzugehen, kann wohl gesagt werden, daß es sich hier um ein Zusammentreffen von unglücklichen Umständen handelt, denen menschliches Ermessen nicht Rechnung tragen konnte.

Zu dieser Erklärung der Reichswasserstraßenverwaltung teilt das Oberpräsidium Koblenz mit, daß die getroffenen Feststellungen denen der Polizeibehörde entsprechen.

## Die Koblenzer Katastrophe als Symbol.

Während das Brückenglück in Koblenz in der gesamten Welt Presse mit Einsturz Frankreichs entsprechend gewürdigt wurde, hat dieses Ereignis in einem Teil der polnischen Presse, die bis zum letzten Augenblick nichts unversucht gelassen hatte, die vorzeitige Rheinlandräumung zu verhindern, eine gewisse Schadenfreude ausgelöst, die verschiedentlich in den Überschriften der den Brückeneinsturz behandelnden Artikel zum Ausdruck kam. Dem Mangel ethischen Fühlens steht der „Kurjer Poranny“ die Krone auf, dessen Auferkennung deshalb ein weitergehendes Interesse erfordert, da das Blatt im Dienst des herrschenden Systems der „moralischen Sanierung“ steht. In dem Artikel, der die zynische Überschrift „Der Zusammenbruch der Rheinbrücke als symbolische Warnung“ trägt, heißt es u. a.:

„Kaum sind drei Wochen seit dem Tage verflossen, an dem das große Werk der „Liquidierung der Kriegsfolgen“ durch die vorzeitige Rückgabe der okkupierten Rheinlandzone an Deutschland vollbracht wurde. Es war vorauszusehen, daß in Deutschland aus diesem Aula ein Gefühl der Freude herrschen werde. Auf diese Voraussicht stützte man sogar sehr weitgehende Hoffnungen: ein Volk, das sich freut, ein Volk, dessen Wünsche erfüllt sind, kann nicht, so dachte man, ein Faktor des Schreckens und der Beunruhigung für die umgebende Welt sein. Wenn es bis jetzt schwer war, sich mit den deutschen Politikern zu verstehen, d. h. mit Leuten,

die vor Erbitterung geifern (?!), und sich darauf berufen, daß sogar die besten Verständigungsabsichten gegenüber den trüben Bestimmungen der Bevölkerung nichts nütze wären, so werde sich jetzt, so schien es, alles ändern. Man werde, diefer Täuschung gab man sich hin, zur friedlichen Diskussion und Arbeit an der Garantie des Friedens, an der Organisation Europas zur friedlichen schöpferischen normalen Arbeit, zur Sicherung der durch destruktive Strömungen bedrohten Errungenhaften der Civilisation übergehen können.“

Alle diese Hoffnungen stützen sich auf die erstaunliche Unkenntnis der deutschen Psyche: die Natur dieser Psyche ist das andauernde Verlangen nach Kampf, das Verlangen, andere an der Nase herumzuführen und ihnen zu befehlen, die Macht und den Besitzstand zu erweitern. Die letzten drei Wochen haben uns davon überzeugt, daß sich in dieser Psyche nichts geändert hat. Hätte der große Krieg mit einem Siege Deutschlands seinen Abschluß gefunden, so hätten diese Feiern am Rhein, die durch den Einfall einer von der manifestierenden Bevölkerung überlasteten Brücke unterbrochen wurden, nicht anders ausgesehen. Es ist etwas Symbolisches in diesem Zwischenfall, der den Präsidenten und den Führer Deutschlands bewog, endlich seine Triumphfahrt durch die „eroberten“ Provinzen aufzugeben. Von dem, was in Deutschland nicht allein am Rhein vorgeht, ist die Meinung in Belgien und in Frankreich überrascht, in demselben Frankreich, das bereit war, die Armee zu öffnen und den langjährigen Antagonismus in eine bundesöffentliche Zusammenarbeit zu verwandeln. Die Regierung, die die Haager Abkommen durchgeführt hat, und der Frankreich vertrauen zu ihrem guten Willen schenkte, verschwand blitzartig, und an ihre Stelle trat ein Kabinett, das sich, wie dies bereits Graf Westarp von der Parlamentstribüne öffentlich feststellte, auf Grundlage und Logiken des unversöhnlichen Nationalismus stützte. (Solchen Blödsinn hat Graf Westarp niemals festgestellt.) Durch Vermittlung dieser Regierung streckt Hindenburg seine Hand nach dem diktatorischen Gewalt aus unter dem vorläufigen Vorwand der Finanzsanierung. Er löst das Parlament auf, das noch nicht der volle Ausdruck des triumphierenden Nationalismus war, und die Taktik der Nationalisten hilft ihm bewußt bei diesem Akt. Der Staat wird in ein zwei Monate langes Vorwahlfieber gestürzt. Schon die ersten Tage dieses Fiebers machen sich durch die von den Nationalisten hervorgerufenen Kämpfe (?) und Blutvergießen (?) bemerkbar. Die nach dem Kriege eingeführte republikanische Struktur macht eine bedrohliche, vielleicht tödliche Krise durch. (Davon ist auch nicht im geringsten die Rede! D. R.) Reaktionäre und Revanchehelden beherrschen die Meinung. Der Stahlhelm dringt entgegen den durch das Traktat übernommenen Verpflichtungen (auch das ist glatte Lüge D. R.) unter der Protektion Hindenburgs, in das Rheinland ein, und läßt dort mit einem Mal seine gepanzerte Faust spüren. Die ungeheuerlichen (?) Gewaltakte an den Separatisten erfahren ein mittelbares Lob (?) aus dem Munde des Staatschefs. Sogar die ergebenen Freunde Deutschlands in Frankreich, die von den Angeboten auf Kosten Polens überrascht sind, erblassen.

Die letzte Rede Hindenburgs in Mainz hat die offiziellen französischen Kreise besonders berührt. Die Brücke der ganzen deutschen Politik ist zweifellos schon längst mit Forderungen überladen und senkt sich unter ihrer Last. Es ist sehr zu wünschen, daß ihr Zusammenbruch nicht allein zu einer Katastrophe für die Schulden allein werden möchte. Diejenigen, die für die Sicherheit der Welt verantwortlich sind, müssen Mitteln finden, um die mürbe Konstruktion zu entlasten und rechtzeitig Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen. —

Soweit der „Kurjer Poranny“. Soll man den kleinen Gerngross, der in einem diktatorisch regierten, von Militär und militärischen Verbänden überreich belasteten Lande solche Heuchelerden gegenüber dem entwaffneten Deutschland hält, ernst nehmen? Man mag es tun oder nicht tun. Eine Beantwortung seiner Phantasie ist jedoch kaum vorstellbar. Mag er mit dem Altbild seines irgendwie bösen Gewissens allein fertig werden. Was geht den Warschau überhaupt der Rhein an? Es sollte zunächst einmal die Weichsel regulieren, die jetzt sogar in ihrer früheren preußischen Unterlauf versandet.

## Von den Tschechen

Könnte der „Kurjer Poranny“ etwas Takt lernen!

Das dem Minister des Auswärtigen Dr. Benes nahestehende Blatt „Geske Slowo“ schreibt:

„Das Koblenzer Unglück, bei dem so viele Menschen gerade zur Zeit einer politischen Verabschaffung, die von der Umwelt mit kaltem Herzen verfolgt wird, umgekommen sind, bietet Gelegenheit, die Fortschritte festzustellen, die in den letzten Jahren die internationale Solidarität gemacht hat. Die Rheinlandreise des Präsidenten Hindenburg, während der sich die Katastrophe ereignete, wirkte nicht sehr sympathisch im Ausland; ja dieser Eindruck wurde durch die peinliche Frage des Stahlhelms, für dessen Bewilligung in Preußen sich Hindenburg gerade vor dieser Reise eingefestigt hat, noch verstärkt. Alle diese Umstände verursachten, daß das Ausland die Triumphfahrt des Reichspräsidenten mit Misstrauen und ohne Sympathie verfolgte. Da plante die Katastrophe in den Begeisterungstaumel der Befreiungsfeier herein, die gewiß nicht dazu angetan ist, die europäischen und die Weltfriedensbestrebungen zu stärken. Wer würde aber da nur einen Augenblick daran denken, daß dabei politische Gegner zugrundegegangen sind? Wer würde in dieser Katastrophe nicht vor allem ein Unglück erblicken, das Mitmenschen und Miteuropäer betrifft, mit denen ganz Europa transiert, ohne weiter an die Gelegenheit zu denken, bei der es geschah? Es zeigt sich auch in diesem Fall, daß die Not nicht nur einzelne, sondern auch Völker einander nähert.“

## Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant  
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau

## Polnische Exporte.

In den wirtschaftlichen Zeitschriften, die sowohl von der Regierung, wie auch von Organisationen herausgegeben werden, erscheinen in den letzten Wochen Erwägungen, ob der polnische Export zu unterstützen sei. Es stellt sich nämlich heraus, daß z. B. die polnischen Eisenbahnen für die Ausfuhr von Kohle etwa 60 Millionen Zloty jährlich zu zahlen; die zweiten 60 Millionen zahlt das Land in Gestalt der erhöhten Inlandspreise zu. Der Zuschuß der Eisenbahn zum ausgeführten verarbeiteten Holz beträgt acht Millionen Zloty, der Zuschuß zu dem Export von Webwaren sieben Millionen. Ähnlich stellen sich die Zuschüsse auch in anderen Industriezweigen.

Infolgedessen fragt ein höherer Beamter des Ministeriums für Industrie und Handel K. Sokolowski endlich das, was der deutsche Sejmabgeordnete Rosumek bereits vor Monaten in der „Deutschen Rundschau“ zur Diskussion gestellt hatte, ob es sich nämlich überhaupt lohne, durch derart große Opfer die Ausfuhr zu unterstützen, besonders da sie sich durchaus nicht vergrößert, sondern andauernd sinkt. Es verringert sich auch von Monat zu Monat der Stand der Beschäftigung in den polnischen Fabriken. So betrug der Wert der Arbeiten in der Bauindustrie im Jahre 1928 etwa 900 Millionen und im Jahre 1929 nur noch 500 Millionen. In diesem Jahre ist die Beschäftigung in der Bauindustrie noch bescheidener. In der Verarbeitungsindustrie wurden ganze 28 Prozent der gesamten Arbeiter von der Arbeitslosigkeit ergriffen, und unter den Beschäftigten gibt es solche, die nur zwei bis drei Tage in der Woche arbeiten. Dies sei somit ein Beweis dafür, daß die Prämierung der Ausfuhr nicht solchen Nutzen abwirkt, wie ihn die Industrie erwartet hatte. Zu Wirtschaftskreisen ist man der Meinung, daß die Prämien nichts helfen werden, wenn man nicht die steuerliche und soziale Gesetzgebung einer Revision unterzieht. Denn was hilft, so sagt man, die Prämie, wenn gleichzeitig die Besteuerung größer wird, über die Zahlungsfähigkeit hinausgeht. Die „Pravda“, eine Wochenschrift der Lodzer wirtschaftlichen Organisation, macht über dieses Problem interessante Bemerkungen:

„Woher hat man in Polen das Exportproblem genommen und auf welche Art kam die Frage der Unterstützung des Exports auf die Tagesordnung? Die Antwort auf diese Frage muß lauten: Die Frage ist auf die Tagesordnung unserer Wirtschaftspolitik, ja sogar an die Spitze der Wirtschaftsprobleme gestellt worden, weil sie auf der Linie des geringsten Widerstandes (??) liegt, daß sie sich hervorragend zur Verwirrung wirklicher Nöte und wahrhafter Probleme eignet und die Aufmerksamkeit davon ablenkt. Um nicht von den Notwendigkeiten zu sprechen, denen Rechnung getragen werden muß, damit die Industrie die Kosten ihrer Produktion und die Preise ihrer Waren dem Durchschnittsniveau der Zahlungsfähigkeit des Inlands konsumenten anpassen könnte, spricht man vom Export. Um über eine Reform der sozialen und Arbeitergesetzgebung und auch über die Finanzreform nachzudenken, strengt man das Gehirn an, um Argumente ausfindig zu machen, die die Notwendigkeit des Exports begründen.“

Mit einem Worte, nach der Ansicht der „Pravda“, soll die Frage der Unterstützung des Exports ein Dilemma sein, unter dem sich große Fehler und Mängel auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik verbergen. Durch die Lösung: „Alles für den Export“ will man die Stimmen der Kritik und der Unzufriedenheit übertönen. Diese Kritik ist um so bemerkenswerter, als die „Pravda“ ein Sanierungsorgan ist. Um so mehr müssen ihre schneidenden Worte Verwunderung erregen:

„Von dem Export kann man dasselbe sagen, wie von der Diktatur und von den Bajonetten. Man kann ihn durch Prämien erobern, aber niemals erhalten. Ein Export, der sich auf Prämien stützt, ist eine traurige Farce und eine beklagswerte Parodie, die das Land ruinieren, besonders wenn dieses Land so arm ist wie das unsrige.“

Aber auch aus Wirtschaftskreisen fallen immer häufiger schwere und bittere Vorwürfe an die Adresse der Regierung. Man sagt, daß sie sich über die Lage genau Rechenschaft ablegen und die zentralen und grundsätzlichen Ursachen der beklagswerten Wirtschaftslage in Polen klar seien. Gleichzeitig geben sie sich keinen Täuschungen hin, daß sich in dieser Beziehung irgend etwas raus ändern könnte. „Geholfen haben keine Appelle, keine Warnungen, keine Argumente. Doch Leben muß man, und wenn das Schicksal schon jemand mit dem Besitz einer Arbeitswerkstatt bestraft und ihn erblich durch das Verantwortungsgesetz für das Los seiner Leute belastet hat, für die diese Arbeitswerkstatt seit Jahrzehnten eine Existenzquelle war, so muß man Mitleid und Wege finden, um ein derartiges „torpediertes Boot“ solange wie möglich an der Oberfläche zu erhalten. Vielleicht fügt es ein gutes Geschick, daß von irgend woher Rettung kommt, bevor es auf Grund geht. Wenn alle Kräfte zum Auspumpen des Wassers benötigt werden, so muß man sogar aufhören, um Rettung zu rufen.“

Das „torpedierte Boot“ ist, wie die nationaldemokratische Presse dazu bemerkt, ein treffender und richtiger Ausdruck. Das Wirtschaftsleben Polens sei wirklich ein „torpediertes Boot“, das im Sanken begriffen ist. Um es an der Oberfläche zu erhalten, würden seine Löcher durch Prämien zugestopft, die von der Volksgemeinschaft, von deren Steuern erhoben werden. Nuhnen ziehen hieraus alle fremden Länder, die mit dem polnischen prämierten Export beglückt werden. Die „Pravda“ versichert, daß die Wirtschaftskreise von einem so großen Pessimismus ergriffen worden sind, daß sie schon nicht mehr um das Schicksal der Volkswirtschaft Polens kämpfen, sondern sich lediglich auf die Bemühungen beschränken, das „torpedierte Boot“ nicht sinken zu lassen. Ob die vielen Konferenzen, die seit einiger Zeit im Landwirtschaftsministerium über die Besserung der Wirtschaftslage Polens abgehalten werden, das „durchlöcherte polnische Wirtschaftsboot“ über Wasser halten werden?

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Osserten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

## Wirtschaftliche Rundschau.

### Die passive Handelsbilanz.

Warschau, 25. Juli.

Im Zusammenhang mit der polnischen Handelsbilanz, die im Juni dieses Jahres wieder passiv war, schreibt das Institut zur Untersuchung der Wirtschaftskonjunkturen über die gegenwärtige Wirtschaftslage folgendes:

Die seit Juli 1929 aktive Handelsbilanz ist im Juni dieses Jahres wiederum passiv gewesen, wobei es charakteristisch ist, daß diese Wendung zum Schlechteren ausschließlich auf das Konto des verringerten Exports zu schreiben ist, da seit Februar dieses Jahres sich der Umsatz der Einfuhr auf niedrigem, jedoch im allgemeinen unverändertem Niveau hält. Der Rückgang des Exports ist zum Teil auf die Verringerung der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Artikeln und von Artikeln der landwirtschaftlichen Industrie zurückzuführen, was übrigens in bedeutendem Maße eine Saisonerscheinung ist. Bis jetzt widerte sich im Zusammenhang mit der günstigen Ernte des Vorjahrs die Ausfuhr dieser Artikel im Laufe des vergangenen Herbstes und Winters in verhältnismäßig bedeutendem Umfang ab, was die Aktivität der Handelsbilanz bedeutend vergrößerte. Die zweite Hauptursache des starken Rückgangs des Exports, die sich in den letzten Monaten bemerkbar gemacht, ist die verringerte Ausfuhr von Rohstoffen und industriellen Halbfabrikaten, die im engen Zusammenhang mit der Verschlechterung der Konjunktur in allen Auslandstaaten steht, die die bedeutendsten Abnehmer unserer Waren sind.

Wenn also der Umsatz der industriellen Produktion in den letzten Monaten trotz des durch die Verschlechterung der Konjunktur im Auslande hervorgerufenen Rückgangs des Exports eine Veränderung nicht mehr erfahren hat, so beweist diese Tatsache nach Ansicht des erwähnten Instituts, daß die Verhältnisse auf dem Inlandsmarkt die Tendenz zur Erweiterung der Produktion aufweisen. Sofern also die aus öffentlichen Mitteln finanzierte Bauaktivität Ende der laufenden Saison nicht verringert wird, (die Bauaktivität hat eigentlich noch gar nicht begonnen — D. Ned.) so wird man mit Rücksicht auf die Vergrößerung der Umfänge im Lande sowie auf die Besserung des Standes der Zahlungsfähigkeit, die diesmal einen dauernden Charakter zu haben scheint, damit rechnen können, daß zum Herbst dieses Jahres die Phase der Depression in Polen in das letzte Stadium eintreten wird.

### Die Neuregelung des polnischen Eisenhandels.

Um die Lage auf dem polnischen Eisenmarkt nicht noch mehr zu verschärfen, hat der Verband der polnischen Eisenhütten zwecks Organisation des Eisenhandels folgende Richtlinien aufgestellt:

Der polnische Absatzmarkt wird in die nachstehenden Bezirke eingeteilt:

1. Posen, Pommern und Danzig, 2. Galizien, 3. Industriebezirk Oberschlesien inkl. des westlichen Teiles der Wojewodschaft Krakau, das Dombrowski-Lengen Gebiet und das Czestochauer Industriegebiet, 4. die Ostwojewodschaften, 5. die Centralwojewodschaften. Es wird eine Liste von anerkannten Großhändlern 1., 2. und 3. Kategorie aufgestellt, welche zum direkten Warenausangebot berechtigt sind. Die Liste wird nach Maßgabe der von diesen Großhändlern auf Lager gehaltenen Waren und des Umfangs ihrer Umläufe zusammengestellt. Jeder dieser Großhändler wird für einen der genannten Bezirke zugelassen. Um den übrigen Händlern, welche nach der vorstehenden Regelung nicht zum direkten Bezug von Fabrikanten berechtigt sind, die Existenz zu ermöglichen, werden ihnen bestimmte Rabattsätze eingeräumt. Die Händler verpflichten sich, ausschließlich innerhalb des ihnen zugeordneten Absatzgebietes zu verkaufen. Außer den Händlern der erwähnten Kategorien haben das Recht zum unmittelbaren Bezug von Fabrikaten: die weiter verarbeitende Metallindustrie, die Regierungs- und Kommunalinstitute, sowie die Bauindustrie. Auch den landwirtschaftlichen Genossenschaften kann das Recht des direkten Bezuges unter der Bedingung zugestanden werden, daß die auf diese Weise bezogene Ware lediglich an ihre Mitglieder abgegeben wird.

Was nun den Verkaufspreis für Handelseisen anbetrifft, so wird für das gesamte polnische Staatsgebiet ein Einheitspreis festgesetzt, jedoch finden die verschiedenen Handelsunfalten, in erster Linie die Brachländer, entsprechende Berücksichtigung. Der Preis für Warschau und Umgebung ist beispielweise auf 49 Groschen pro Kilogramm festgesetzt worden. Die Zahlungsbedingungen wurden dergestalt geregelt, daß die Vergleichung der Rechnungen binnen 14 Tagen, vom Fakturabatum ab gerechnet, erfolgen muß. Die Wechselfrist darf, soweit dieses Zahlungsmittel benutzt wird, 120 Tage nicht überschreiten. Bei Wechselkredit wird ein Aufschlag von 12 Prozent pro anno erhoben. Bei sofortiger Barzahlung wird ein Skonto von 2 Prozent gewährt.

Eine Millionanleihe für den Ausbau von Krahns- und Kainlagen in Gdingen. Dieser Tage hat der Magistrat der Stadt Gdingen mit einem ausländischen Finanzkonsortium einen Vertrag über eine Anleihe von 10 Millionen Zloty unterschrieben. Die Anleihe ist für den Bau von Krahns- und Kainlagen bestimmt.

Die Zollrückvergütungen bei der polnischen Maschinenfahrt. Unter den Waren für welche die polnischen Gesetze eine Zollrückvergütung vorsehen, um auf diese Weise die Ausfuhr zu fördern, befinden sich auch einige Maschinenarten. In erster Linie sind Textilmaschinen zu nennen, für welche eine Zollrückvergütung in Höhe von 20 Zloty pro 100 Kilogramm gewährt wird. Abgesehen davon sind landwirtschaftliche Maschinen und Apparate mit 13 Zloty pro 100 Kilogramm. Für Verbrennungsmotoren ist eine Vergütung von 25 Zloty vorgesehen, und für die verschiedenen Werkzeugmaschinen eine Vergütung von 26 Zloty pro Kilogramm. Der polnische Exporteur kann die Zollrückvergütung nur dann erhalten, wenn er eine diesbezügliche Beleidigung vom Exportverbande der verarbeitenden Metallindustrie in Warschau vorlegt. Die angegebenen Sätze sind hente in Geltung.

Die Umsätze der Warschauer Effektenbörsen an Metalls- und metallurgischen Werten im 1. Halbjahr 1930. Nach einer amtlichen polnischen Auskunftstellung sind die Umsätze der Warschauer Effektenbörsen an Metalls- und metallurgischen Werten von 3.093.900 Zloty auf 1.298.400 Zloty zurückgegangen. Auf dem Gebiet von Maschinen- und elektrischen Werten hat sich ebenfalls ein starker Rückgang bemerkbar gemacht, und zwar von 1.529.500 Zloty im 1. Halbjahr 1929 auf 825.000 Zloty in demselben Zeitraum 1930.

Die Eisenmarkt in Lublin. Die diesjährige Frühjahrssaison hat auf dem Lubliner Eisenmarkt keine Belebung gebracht. Im Zusammenhang mit der schwachen Bauaktivität war der Bedarf an Baueisen sehr gering. Einen etwas größeren Absatz hatte Handelseisen. Einen besonders ungünstigen Einfluß auf die befriedigende Gestaltung des Eisenabsatzes übt die Tatsache aus, daß eine ganze Anzahl von Firmen unter Geschäftsaufsicht steht. Die Zahlungsfähigkeit der Abnehmer wird als schlecht bezeichnet und die Transaktionen heute meist nur gegen Barzahlung oder erstklassiges Wechselmaterial ausgeführt.

Zahlreiche Neuerungen in der elektrotechnischen Branche in Polen. Bekanntlich hat die polnische staatliche Wirtschaftsbank in den ersten Aunitagen 1930 eine Bauprämienanleihe in Höhe von 50 Millionen Zloty in Polen zur Belebung gebracht. Im Auftrag des Umstandes, daß die Anleihe stark überzeichnet wurde und mit Rücksicht auf den erheblichen Kapitalbedarf des polnischen Bauwesens, hat die polnische Regierung beschlossen, eine zweite Anleihe in gleicher Höhe im Herbst d. J. zur Belebung zu bringen. Im Zusammenhang mit der davon erwarteten Belebung des Bauwesens sind zahlreiche mit diesem Gewerbe verbundene mittelbar oder unmittelbar zusammenhängende Firmen entstanden, darunter auch viele Firmen der elektrotechnischen Branche. Es handelt sich fast ausschließlich um kleine Einzelfirmen, wie Installationsfirma und dergleichen. Man kann mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen, daß diese kapitalschwachen Unternehmungen bald wieder eingehen werden, nicht ohne vorher den schon bestehenden seriösen Firmen durch Preisunterbietungen und dergleichen Konkurrenz gemacht zu haben. Vielleicht wird dies den schon lange geplanten Zusammenschluß im polnischen Installationsgewerbe beschleunigen.

Wochens- und Pfandkredite für die Landwirtschaft. Am 24. d. M. fand im Landwirtschaftsministerium unter dem Vorsitz des Landwirtschaftsministers Dr. Janusz Polakowski eine Konferenz mit den Vertretern der Staatsbeamten sowie der bedeutenderen Privatbanken statt. Gegenstand dieser Konferenz war die Frage der Beteiligung mit durch Getreide sicher gestellten Pfandkrediten in der Nach-Ernte-Periode. Nachdem der Minister darauf hingewiesen hatte, daß der Pfandkredit gemäß dem landwirtschaftlichen Programm einen der wichtigsten Faktoren der Bemühung des übermäßigen Getreideangebots nach der Ernte, sowohl des Kampfes gegen das Sinken der Getreidepreise bildet, hat die bedeutende Mehrzahl der Befestigten festgestellt, daß die Banken für die Zulieferung des Kredits zu den Kreditempfängern nicht mehr als

2 Prozent und zur Deckung der effektiven Kosten zusätzlich nicht mehr als 1/2 Prozent erheben sollen. Die Befestigten erklären es weiter als notwendig, die Gerichtsbehörden darüber aufzuklären, daß die im Gesetz über das Pfandregister vorgehegenden Straffanktionen im Interesse des wirtschaftlichen Lebens strikt durchgeführt werden müssen. Mit der Zulieferung der Pfand sowie der Befestigung wird unmittelbar nach der Ernte begonnen werden.

Sowjetrußland kauft polnische Maschinen. Polnischen Blätter melden auf, werden in diesen Tagen die Verhandlungen zwischen Vertretern der Handelsdelegationen Sowjetrußlands in Warschau und den Vertretern der polnischen Maschinenindustrie zu Ende geführt werden. Es handelt sich um einen Werkzeugmaschinenauftrag über 180-140.000 Dollar. Anfangs sind die Verhandlungen infolge Schwierigkeiten gestoßen, als die Sowjetrußland langfristige Zahlungsbedingungen verlangten, die die polnische Gruppe nicht gewähren konnte. Jetzt scheint man sich dadurch geeinigt zu haben, daß von polnischer Seite Preiskonventionen gemacht wurden. An der Lieferung sollen die Maschinenfabriken „Vereinigung polnischer Mechaniker aus Amerika“ und die Werke „Stielmetall- & Pignier-Gamper“ beteiligt sein. Dieser Transaktion wird in polnischen Fachkreisen groÙe Bedeutung beigemessen, da die polnische Maschinenindustrie zum ersten Male auf den russischen Markt vorzudringen versucht.

Die Kredite der staatlichen Agrarbank Polens. Die Gesamtsumme der durch die staatliche Agrarbank erstellten Kredite belief sich am 31. Dezember 1929 auf 738.702.000 Zloty, wovon auf kurzfristige Kredite 263.235.000 Zloty, auf langfristige Kredite 246.005.000 Zloty und auf durch die Agrarbank erstellte Regierungskredite 227.462.000 Zloty entfallen. Von den kurzfristigen Krediten in einer Gesamthöhe von 263.235.000 Zloty gingen unmittelbar an die Landwirte 90.542.000 Zloty, an die Genossenschaften 148.195.000 Zloty, an Verbände und Kommunalinstitutionen 58.175.000 Zloty und an andere 81.823.000 Zloty. Die langfristigen Kredite verteilen sich folgendermaßen: für den Anfang von Grundstücken 99.658.000 Zloty, für landwirtschaftliche Investitionen 79.866.000 Zloty (beide in landwirtschaftlichen Pfandbriefen), in Meliorationsobligationen 66.681.000 Zloty. Die Verteilung der veralteten Regierungskredite ist nicht angegeben.

Die näheren Bedingungen der schweizerischen Elektrifizierungsanleihe für Gdingen. Kürzlich hat der Magistrat der Stadt Gdingen die Bedingungen der 4 Millionen schweizer Franken-Anleihe genehmigt. Im Namen der schweizerischen Finanzgruppe wurde der Vertrag von der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich unterzeichnet. Die Anleihe hat eine Laufzeit von 10 Jahren. Die erste Anleihe wird im August d. J. in einer Höhe von 1.800.000 Schweizer Franken eingezahlt, während die anderen Raten zu je 600.000 Schweizer Franken am 1. April 1931, 1932, 1933 und 1934 der Stadt Gdingen ausgezahlt werden. Die Amortisation beginnt am 1. Oktober 1935; die Rückzahlung erfolgt in 6 Jahresraten, die 1. Rate beträgt 500.000 Schweizer Franken und die anderen Raten je 700.000 Schweizer Franken. Eine frühere Amortisierung ist zugelassen. Der Zinsfuß beträgt 7 Prozent p. a., die Raten sind am 1. jedes Quartals fällig. Die Kommissionsgebühren betragen 0,25 Prozent vierteljährlich, der Emissionsfonds ist mit 95,5 angegeben. Eine Garantie des polnischen Staates wurde als Grundbedingung aufgestellt. Der Vertrag unterliegt der polnischen Rechtsprechung. Die in Polen fälligen Steuern werden von der Stadt Gdingen, die in der Schweiz fälligen Steuern von den Gläubigern bezahlt. Der Vertrag enthält außerdem eine sehr wichtige Klausel, was die Lieferung von elektrotechnischen Apparaten und Erzeugnissen antrifft, indem er vor sieht, daß bei der Auftragserstellung von elektrotechnischen Apparaten und Erzeugnissen die schweizerischen Firmen bei gleicher Qualität und gleichen Preisen vor anderen ausländischen Firmen den Vorrang erhalten müssen. Die Anleihe wird für den Ausbau des elektrischen Stromnetzes, für die Durchführung der Kabelarbeiten auf dem gesamten Gebiet der Hafenstadt Gdingen und für die Inbetriebsetzung der schienengebundenen elektrischen Straßenbahnen verwandt.

### Geldmarkt.

#### Berliner Devisenkurse.

Offizielle Devisenkurse	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark		In Reichsmark 25. Juli Geld Brief
		26. Juli Geld	26. Juli Brief	
4,5%	1 Amerika . . . . .	4.1835	4.1915	4.1915
5%	1 England . . . . .	20.355	20.355	20.395
4%	100 Holland . . . . .	168,34	168,34	168,34
—	1 Argentinien . . . . .	1.511	1.511	1.515
5%	100 Norwegen . . . . .	112,07	112,29	112,07
5%	100 Dänemark . . . . .	112,12	112,34	112,34
—	100 Island . . . . .	92,03	92,21	92,21
4,5%	100 Schweden . . . . .	112,47	112,69	112,47
3,5%	100 Belgien . . . . .	58,49	58,61	58,61
7%	100 Italien . . . . .	21,91	21,95	21,95
3%	100 Frankreich . . . . .	18,45	18,49	18,49
3,5%	100 Schweiz . . . . .	81,31		

## Die Spitzengruppe der Europaflieger wieder in Berlin.

Engländer und Deutsche an der Spitze.

Der diesjährige Europa-Rundflug hat sich als eine außerst schwierige Konkurrenz erwiesen, da das Wetter für den ganzen Flug sehr ungünstig war. Die englischen Flieger erklärten, daß sie durch die atmosphärischen Störungen vom Fluge sehr stark mitgenommen seien. Am Sonnabend vormittag gegen 11 Uhr landeten die ersten Europaflieger

in Polen.

Dabei erlitt der Engländer Butler einen Unglücksfall. Bei der Landung auf dem durch den langen Regen aufgeweichten Flugfeld stellte sich das Flugzeug auf den Kopf. Der Propeller wurde beschädigt, er mußte durch einen neuen ersetzt werden. Der Propeller wurde durch ein Sonderflugzeug aus Berlin nach Posen gebracht. Da nach den Vorschriften der Konkurrenz ein zerbrochener Propeller nur durch den von dem Piloten mitgeführten ersetzt werden darf, mußte Butler seinen Flug von Posen aus außer Konkurrenz fortsetzen.

In Warschau

traf am 27. um 8.21 Uhr Butler ein, um 8.39 Uhr der Deutsche Morzig, um 8.40 Uhr der Franzose Finat, schließlich der Deutsche Passewaldt, der Erzherzog Habsburg-Bourbon (Spanien) und der Engländer Andrews. Zum Weiterflug nach der nächsten Etappe Königsberg starteten die Flieger in folgender Reihenfolge: der Erzherzog Habsburg-Bourbon, der Deutsche Passewaldt, dann Finat, Morzig, der Deutsche Poß, der schon am Vortage in Warschau eingetroffen war, der Engländer Andrews, Butler, Broad und Thorn. Auch Broad und Thorn waren schon am Sonnabend in Warschau eingetroffen.

Von Königsberg nach Danzig, den letzten Etappen des Europa-Rundfluges, setzten die Flieger ihren Flug programmgemäß fort. Um 2 Uhr nachmittags trafen sie in Danzig in folgender Reihenfolge ein: Butler, Morzig, Broad, Poß, Erzherzog Habsburg-Bourbon, Finat, Passewaldt, Thorn, Andrews. Die ersten neun Flieger starteten dann um 2.15 Uhr nach Berlin. Um 5.15 Uhr trafen noch in Danzig Carberry und Polte ein.

### Der Empfang in Berlin.

Am Sonntag nachmittag versammelte sich zahlreiches Publikum auf dem Flugplatz in Tempelhof, wo die Europaflieger gegen 4 Uhr erwartet wurden. Um 4½ Uhr erblickte man die ersten Flugzeuge. Als erster landete der Engländer Broad, einige Sekunden nach ihm der Engländer Butler. Die übrigen Flieger erreichten in wenigen Minuten Abstand das Flugfeld, und zwar Poß, Morzig, Finat, Passewaldt, Erzherzog Habsburg-Bourbon und Andrews. Die Piloten verksammlten sich auf der Tribüne, wo sie im Namen des deutschen Aeroclubs von Major von Heppner begrüßt wurden.

Der Rest der Europaflieger befand sich am Sonntag noch in Spanien. Von Barcelona sind die polnischen Flieger am Sonntag nach Nimes abgeflogen. In Lyon ist das Flugzeug des deutschen Fliegers Överdem abgestürzt, wobei Oppenheim und sein Begleiter den Tod fanden.

Die Siegerversammlung erfolgt erst, nachdem sämtliche Flugzeuge den Rundflug beendet haben. Es handelt sich bei diesem Wettbewerb bekanntlich nicht um ein Wettschießen, sondern um einen Flug, der die Sicherheit des betreffenden Flugzeuges und seine Eignung zu Rennzwecken beweisen soll.

## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 28. Juli.

### Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei etwas höheren Temperaturen und Neigung zu Niederschlägen bei leichten Westwinden.

### Reitens in Karlsdorf.

Der 12. und 13. August in Karlsdorf brachten bei ausgezeichnetem Besuch eine Reihe außerst interessanter Rennen. So wurde am Sonnabend das Flachrennen um den Preis von 1500 Zloty, gestiftet von Rat Bydlinski, und am Sonntag das große Bromberger Hindernisrennen um den Preis von 6000 Zloty und einen Ehrenpreis für den Reiter des siegenden Pferdes ausgetragen. Ferner wurde am Sonntag das Voltierenrennen ausgetragen, das 7 Pferde an den Start brachte. Hier gewann "Lindwurm" der 15. Ulanen unter Koneczal. Das Pferd wurde verlost und der glückliche Besitzer des Loses Nr. 927 konnte sein Eigentum auf dem Rennplatz sofort in Empfang nehmen. Wir lassen nunmehr die Ergebnisse der einzelnen Rennen folgen:

Am Sonnabend wurden die Rennen mit dem Hindernisrennen über 8000 Meter eröffnet. Es siegte "Supan" unter Thomics vor "Aida II", nachdem "Nikonor" und "Intriga" ausgebrochen waren. Toto: 11:10, 17, 23:10. Im Flachrennen über 850 Meter gewann "Cioska" unter Kukowski vor "Jedynka" und "Gazda". Der Toto brachte hier auf den Überraschungssieg eine Überraschungsquote in Höhe von 125 Zloty für den Sieg, 38 und 16 für Platz. Im sogenannten "Schlachter"-Flachrennen gewann "Majdan" unter Lipowicz vor "Legia". Toto: 11:10. Im Flachrennen über 1000 Meter, an dem 8 Pferde teilnahmen, siegte "Lipka" unter Lipowicz vor "An De" und "Antypka"; Toto: 86:10, 21, 22, 39:10. Das Hürdenrennen über 2400 Meter sicherte sich "Dagobert" unter Sulik vor "Umitzg". Toto: 16:10. Sechs Pferde nahmen an dem Hürdenrennen über 2400 Meter teil, von denen "Kincor" unter Lt. Koralewski vor "Zwillingschwester" gewann. Toto: 56:10, 29, 16:10.

Am Sonntag war der Stall der 15. Ulanen besonders vom Glück begünstigt. Vier Pferde dieses Stalles konnten siegen. Im Flachrennen für Zweijährige über 850 Meter siegte "Szamara" unter Tobajsa vor "Jedynka". Toto: 12:10, 12, 14:10. Das Hindernisrennen über 8000 Meter sicherte sich "Blitzmädel II" unter Rzyski vor dem Favoriten "Bagonczyk". Toto: 20:10, 11, 11:10. Das Flach-

rennen über 1600 Meter gewann "Lama" unter Tucholska vor "Basta II" und "Bambus". Toto: 21:10, 12, 11:10. Das Voltieren-Rennen über 1800 Meter machte "Lindwurm" unter Koneczal vor "Zwillingschwester" und "Ulos". Toto: 51:10, 17, 19, 24:10. Bei dem großen Hindernisrennen über 4200 Meter stürzte bei dem Tribünenprung Lt. Nestorowicz von dem Favoriten "Czekam". Es siegte "Horodenka" unter Lt. Bobinski vor "Lapis Lazuli" und "Too Good". Toto: 11:10, 16, 29:10. Das Flachrennen über 1600 Meter gewann "Lawa" unter Lipowicz vor "Scarlet Pimpernel", auf dessen Sieg man allgemein gerechnet hatte. Toto: 17:10, 18, 17:10. Das Hürdenrennen über 2400 Meter machte "Le Merlot" unter Rzyski vor "Korea". Toto: 12:10.

**Spekulation mit 5-Zlotyscheinen.** Bekanntlich werden seit dem 1. Juli die 5-Zlotyscheine aus dem Verkehr gezogen, die aber ihren Umlaufwert bis zum 30. Juni 1931 behalten. Im Zusammenhang hiermit wird die Annahme dieser Scheine verweigert. Es haben sich nun Personen gefunden, die das Geld gegen eine gewisse Vergütung annehmen, die sie für die angeblichen Mühen bei der Einweihung in der Bank Postfil erheben. Sie zahlen für einen Schein 4–4,50 Zloty. Mit dieser Angelegenheit haben sich die Finanzbehörden beschäftigt, die die Erklärung herausgaben, daß beratige Personen zur Verantwortung geogen werden. Es muß hier bemerkt werden, daß die 5-Zlotyscheine noch ohne weiteres angenommen werden können, da sie ohne Schwierigkeiten und Kosten von der Bank Postfil und den Finanzkassen eingelöst werden.

**15000 Abiturienten in Polen.** Nach Berechnungen wurden im laufenden Schuljahr in Polen 15000 Reisezeugnisse ausgestellt, was im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren eine Höchstziffer ist. Zwei Drittel der Reisezeugnisse wurden an Schüler, ein Drittel an Schülerinnen ausgegeben.

**Ein Bromberger Einbrecher im Rheinland gefasst.** Der bekannte Einbrecher Jan Gorlas, der hier in Bromberg bei dem Juwelier Kasubowski und in das Geschäft des Kaufmanns Kaczko eingebrochen war, ist von der deutschen Polizei im Rheinland verhaftet worden. Gorlas war für diese Einbrüche vom hiesigen Gericht zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hatte dann im Gefängnis einen Geisteskranken simuliert und war zur Beobachtung in ein Irrenhaus gesandt worden, von wo er entflohen konnte. Seine Freiheit fand dann bald in Posen ein Ende, jedoch gelang es ihm, beim Transport in das hiesige Gefängnis wieder zu entweichen. Seit der Zeit blieb G. verschwunden, bis er jetzt im Rheinland verhaftet wurde. Er soll in den nächsten Tagen den polnischen Behörden ausgeliefert werden.

**Einbrüche und Diebstähle.** Dem Talstraße (Dolina) Nr. 16 wohnhaften Alfred Boelitz wurde ein Damenfahrrad im Werte von 150 Zloty aus einem Schuppen gestohlen. Vom Boden des Hauses Gartenstraße (Ogrodowa) Nr. 8 stahlen Einbrecher einen Pelz und ein Paar Stiefel im Werte von 145 Zloty. — Aus einer Kammer des Hauses Schleinitzstraße (Chrobrego) 24 stahl man ein Kissen und ein Deckbett im Werte von 150 Zloty. — Von der Straße entwendet wurde dem Chausseestraße 64 wohnhaften Tadeusz Terałowski ein Herrenfahrrad mit der Registriernummer 9263.

**Festgenommen** wurden zwei Personen wegen Diebstahls, drei gesuchte Personen, sieben wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften, eine Person wegen Trunkenheit und Lärms auf der Straße und eine wegen Betruges.

**ph. Schulz (Solec), 26. Juli.** In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Revisionsbericht über den Stand der Stadthauptkasse, 2. der Kommunal-Sparkasse, 3. die Angelegenheit der Arbeitslosen, 4. Nachtrag zum Stadthaushaltstat, 5. Reglement über die Unterkunft der Ortsarmen, 6. Verkauf einer städtischen Parzelle, 7. Festsetzung der Stadtverordnetenversammlungen. Nachdem Punkt 1 und 2 zur Kenntnis genommen waren, wurde über Punkt 3 debattiert; auch hier, wie an anderen Orten, ist die Arbeitslosigkeit groß und da die Stadt schon einmal 5000 Zloty zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als Darlehn aufgenommen und verausgabt hat, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher das Arbeitslosenversicherungsamt um weitere Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung angegangen wird. Ferner wurde der Magistrat ermächtigt, eine weitere kurzfristige Anleihe bei der Kreissparkasse in Höhe von 20000 Zloty aufzunehmen. Beide Anleihen wurden beim nächsten Punkt im Nachtrage zum Haushalte als außerordentliche Ausgaben eingestellt. Zu Punkt 5 wurde das Reglement, wie es der Magistrat im Vorjahr ausgearbeitet hatte, ohne Debatte angenommen. Ferner kam der Antrag des Vorstandes des eingetragenen Vereins der Gerichtsbeamten zu Bromberg zur Sprache, der sich an den hiesigen Magistrat um läufige Überlassung des Geländes an der Breitenstraße (Kosciusko) in Größe von circa 70 Ar und Kiefernbestand, gewandt hatte. Der Verein beansprucht, auf diesem Gelände eine Sommerfrische mit entsprechendem Gebäude zu errichten. Die Stadtverordnetenversammlung willigte in den Verkauf zu einem minimalen Preis ein und ermächtigte den Magistrat, den Verkauf unter bestimmten Bedingungen zu tätigen. Der Antrag des Stadtverordneten Danielak, die Sitzungen des Stadtparlaments stets Sonnabends stattfinden zu lassen, gelangte zur Annahme.

**Crone (Koronowo), 27. Juli.** Am 7. August findet um 10 Uhr vormittags im Saale des Hotels Kopecski hier selbst ein Holztermin in der Oberförsterei Stronno statt. Zum Verkauf kommen 100 Festmeter Bauholz 2. und 4. Klasse, 300 Raummeter Kloven, 400 Raummeter Strauchhaufen 2. Klasse. Die Strauchhaufen stammen aus den Förstereien Lughede, Weizensee und Stronno.

**v. Szadlowitz bei Argenau, 26. Juli.** Brand im Weizenfeld. Aus der Maschine des Schnellzuges Nowy Dwór-Danzig stiegen glühende Funken auf das in der Nähe des Bahndamms liegende Weizenfeld und vernichteten 10 Morgen Weizen. — Der Arbeiter Johann Wisniewski in Bernik warf unvorsichtigerweise ein Streichholz fort, welches in ein Weizenfeld fiel und sofort Feuer fähte. Es verbrannten dadurch 30 Morgen Weizen. Der Schaden beträgt 17000 Zloty.

**v. Kruszwica (Kruszwica), 26. Juli.** Einen Unfall erlitt der Landwirt Andreas Nowakowski. Beim Einfahren von Roggen sah er, daß eine Garbe heruntersanken wollte. Als er nach dieser griff, stürzte er selbst vom Wagen auf das harte Steinplaster und brach sich den Arm.

## Mix-Seife

die beste, die billigste.

s Nakel (Naklo), 24. Juli. Lebhafte Verkehr herrsche heute während des regnerischen Wetters auf dem Wochenmarkt. Die Zufuhr war sehr reichlich. Für Butter zahlte man 1,80–2,00 pro Pfund. Eier kosteten 1,70–1,90 die Mandel. Weizkohl 0,20–0,40, Blumenkohl 0,25–0,50 der Kopf, Rhabarber 0,15–0,20, Mohrrüben 0,25, Zwiebeln 0,25, Kohlrabi 0,25–0,30 das Bund, Gurken 0,25–0,50 das Pfund, Blaubeeren 0,40–0,60, Johannisbeeren 0,25–0,30, Stachelbeeren 0,25–0,30, saure Kirschen 0,25–0,30, Süßkirschen 0,30, pro Liter, Tomaten 1,80 das Pfund, Zitrone 0,25 das Stück, junge Tauben 1,50–1,80 das Paar, junge Hühner 1,50–2,00 das Stück, alte Hühner 4,50–5,50, junge Enten 4–5,50 das Stück. Für frische Kartoffeln zahlte man pro Kilo 5,20–5,50. Rindfleisch kostete 1,40–1,60, Kalbfleisch 1,20–1,40, Hammelfleisch 1,20–1,50, Schweinefleisch 1,40–1,60 das Pfund.

\* Posen (Poznań), 26. Juli. Ein Großfeuer ist am Donnerstag in Plewiska, Kreis Posen, ausgebrochen. In Flammen standen fünf Wirtschaften. Außer den freiwilligen Feuerwehren aus Dąbrówka und Komorniki traf auch die Posener Feuerwehr ein. Nach vierstündiger Arbeit wurde das Feuer gelöscht. Der Schaden wird auf 4000 Zloty beziffert. Verbrannt sind zwei Scheunen, vier Ställe, zwei Dachstühle, auch Kleintiere.

\* Gembiz (Gebice), 25. Juli. Ein Großfeuer ist am Dienstag in Plewiska, Kreis Posen, ausgebrochen. In Flammen standen fünf Wirtschaften. Außer den freiwilligen Feuerwehren aus Dąbrówka und Komorniki traf auch die Posener Feuerwehr ein. Nach vierstündiger Arbeit wurde das Feuer gelöscht. Der Schaden wird auf 4000 Zloty beziffert. Verbrannt sind zwei Scheunen, vier Ställe, zwei Dachstühle, auch Kleintiere.

\* Schmiegel (Smigiel), 26. Juli. Der Schmiegeler Polizei ist es gelungen, eine Diebesbande von vier Mann, die seit längerer Zeit Schmiegel und die umliegenden Kreise unsicher machen, festzunehmen und in das Gerichtsgefängnis einzuführen. Die Verhafteten sind: Jar Michałak, Stanisław Wanzyński, beide aus Seeger, Kreis Schmiegel, Antoni Michałak aus Bielawy, Kreis Schmiegel, und Michał Bieleński, der sich in letzter Zeit in Seeger versteckt hielt. Der Rädelführer der Bande war Bieleński, der für ein früheres Verbrechen eine mehrjährige Zuchthausstrafe in Bronie zu verbüßen hatte. Nach drei Jahren, die er hinter den Mauern der Strafanstalt verbracht hatte, wurde sein Freiheitsdrang so groß, daß er im März dieses Jahres aus dem Kerker ausbrach und in der Gegend von Schmiegel, woher er stammte, vorübergehend Aufenthalt nahm. Als junger Bursche von 28 Jahren nahm er unter falschem Namen bei verschiedenen Landwirten Dienste als Knecht an. Während dieser Zeit organisierte er eine Diebesbande, die bald zu einer Stärke von 11 Mann anwuchs und der Schrecken der Schmiegeler Umgebung und des Kostener und Lissaer Kreises wurde. Die erste Station der Bande war der mit Schilf bewachsene Teich am Schloß in Seeger. Im hohen Schilfrohr, das an einer Seite mit dem Dicke des Seegerschen Waldes in Verbindung stand, befand sich ein Lager für die gestohlenen Sachen. Die Banditen hatten dort eine regelrechte Wohnstätte mit Strohdach und Lagerstätte eingerichtet. Aus dem Lager, das durch einen Bausatz entdeckt wurde, schaffte die Polizei zwei Lastwagen mit Diebesgut fort. Die zweite Station der Bande war der Wald bei Bielawie, in dem der Handel mit den Händlern abgeschlossen wurde. Die Raubgesellen stahlen alles, was ihnen in die Hände fiel. Besonders bevorzugt wurden Kleidungsgegenstände und Schwaren. Die Zahl der Geschädigten ist ungeheuer groß.

## Aus Kongreßpolen und Galizien.

\* Zakopane, 26. Juli. Seit gestern abend wird Zakopane von Bergstürmen heimgesucht. Sie sind in den heutigen Morgenstunden zu orkanartiger Stärke angeschwollen und haben in der ganzen Gegend empfindliche Schäden angerichtet, die namentlich in einigen Waldbewässerungen besonders schwer sind. Hohe, wetterharte Tannen wurden entwurzelt oder in halber Stammhöhe wie Streichhölzer umgeknickt. Dächer wurden abgedeckt, Mauern und Telephones und Telegraphenleitungen umgestürzt. Das Zakopaner Sportstadion wurde gleichfalls arg angerichtet; der ausgedehnte Sportplatz einsäumende Bretterzaun wurde umgeworfen, die große Eingangspforte umgestürzt. Der Sturm hat auch ein Menschenopfer gefordert. Die Gattin des Professors Leskiewicz, die mit ihrer Familie auf der Sommerfrische in Zakopane weilte, ging gestern abends aus dem offenen Ziehbrunnen Wasser schöpfen. Als sie sich über den Brunnen beugte, um den gefüllten Eimer heranzuziehen, wurde sie von dem heftigen Sturm umgeworfen und fiel in den tiefen Brunnen, wo sie ertranken ist. Der orkanartige Sturm war von einer Heftigkeit, wie ihn Zakopane seit Jahren nicht mehr verzeichnet hat.

## Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 28. Juli 1930.  
Krakau — 2,91, Jawischow + 0,42, Warschau + 0,14, Bielitz + 0,14  
Thorn — 0,12, Tordön + 0,19, Culm + 0,21, Graudenz — 0,10  
Kurzbrak + 0,17, Tielcza — 0,61, Tirscha — 0,88, Einlage + 2,20  
Schielenhorst + 2,51.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: i. B. Marian Sepke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Sepke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich "Der Hausfreund" Nr. 172

Heute: „Illustrierte Weltschau“ Nr. 30.

Freitag, d. 25. 7., 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr abends, entschließt Janit, verleben mit den H. Sterbe-Sakramenten, nach langem, sehr schwerem Leiden in Gott mein innig geliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel.

## Hugo Mohrenz

im 61. Lebensjahr. 3736

Dieses zeigen tief betrübt an  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Bydgoszcz, den 28. Juli 1930.

Beerdigung am Dienstag, d. 29. 7., 17 Uhr vom Trauerhause Natielska 105, aus nach dem alten fath. Friedhof.

## Verreise

am 1. August auf 4 Wochen.

## Dr. Schendell

Sanitätsrat

Facharzt f. innere u. Kinderkrankheiten.

3728

Bydgoszcz, Tel. 18-01

Dr. v. Behrens  
bearbeitet  
allerlei • Verträge,  
Testamente, Erbsch.,  
Auflassungen, Hypotheke, Lösung,  
Gerichts- u. Steuerangelegenheiten.

Promenada nr. 3,  
beim Schlachthaus.

Löchter-Pensionat „Huwé“  
Gniezno, Park Kościuszki 16.  
Beliebtes Heim für junge Mädchen mit u. ohne  
Lyceumsreife u. Schülerinnen hiesiger Schulen.  
Gründliche Ausbildung in allen Zweigen  
des Haushalts, einfache u. feine Kochkunst,  
Kleinbäckerei, Anrichten, Wäschebearbeitung,  
Wäsche-Aufbereitung, Handarbeiten usw.,  
ferner Gelegenheit für Fortbildung in Wissen-  
schaft, Sprachen, Musik, Gymnastik u. a.  
Eigene Villa in Schön. Garten am Bahnhofspark.  
Gute Verpflegung. Herzliches Familienleben.  
Anmeldungen für das Winterhalbjahr bis  
1. Oktober. Prospekte gegen Doppelpreis.  
Leiterin M. Huwe. 8028

Vereinigte technische Lehranstalten des  
**Technikum Mittweida**  
Höhere technische Lehranstalt (Ingenieurschule)  
für Elektrotechnik und Maschinenbau.  
Sonderstudienpläne für Automobil- und Flug-  
technik und Betriebswissenschaft.  
Technikerschule. Progr. kostenlos. Sekretariat.

Vorschriftsmäßige  
**Miets-Quittungsbücher**  
zT 1.35  
Versand nach außerhalb  
gegen Einsendg. von zT 1.50  
A. Dittmann, T. z. Bydgoszcz  
Marszałka Focha 45. 7552

## Bäder und Kurorte

S Sanator. Dr. Möller, Dresden-Loschwitz  
Schroth-Rohkost-Fasten- und andere Diät-Kuren  
Große Heilserfolge. Ausführl. Brosch. fr. M

**Kudowa**  
Schlesien  
das Heilbad für  
Herz und Nerven  
bewährt bei Blut-, Frauen-, Nieren-,  
rheumat. Leid, Basadow.  
Stärkste kohlens. Areen-Eisenquelle Deutschlands  
Neuerbaute Wandel- und Trinkhalle.  
Prospekte durch Reisebüros und die Badeverwaltung

**Kurhotel Fürstenhof**  
1. Haus mit allem mod. Komfort und vor-  
zügl. Küche / Diätküche, Hausschwester  
Natürliche kohlensaure Bäder im Hause

**Nerven-Sanatorium Dr. Curt Sprengel**  
Kuort Obernick bei Breslau  
Telefon 212 Obernick  
(fr. San.-R.  
Dr. Kleudgen)

Kräftigungs- u. Entziehungskuren (Morphium,  
Alkohol usw.) Malaria, Psychoanalyse,  
Psychotherapie. Vornehme Familienpflege  
für chronisch und psychisch Kranke.  
Das ganze Jahr geöffnet.

Eigene Milchkuranstalt

Mäßige Preise

**Waldfestholt**  
m. g. Bvysl. find. Erholungsbedürft. Nähe  
Gdingen. Pension 8-9 zt  
p. Tag. Ang. u. h. 8251  
d. Geschäftst. d. Ztg.

**Bitz**

**Sanatorium**  
Dresden-Radebeul  
2 Ärzte - Broschüre frei

Heute II. Serie des langersehnten,  
unsterblichen Filmprachtwerkes

„Nibelungen“ unt. d.

„Blut für Blut“ Titel:

## Größte Auswahl in Pianos u. Harmoniums

empfiehlt

## B. SOMMERFELD

### Pianofabrik

Bydgoszcz, ul. Sniadeckich 56.

Filiale: Grudziądz, ul. Grobla 4.

Lieferant des staatlichen Musik-Konservatoriums Katowice



Nur allererste Referenzen.

Günstigste Zahlungsweise. — Langjährige Garantie.

Reelle, fachmännische Bedienung.

6265

## Hebamme

erteilt Rat und nimmt Bestellungen entgegen  
Fr. Skubinska, 2744 Sienkiewicza 1a.

Polnisch, Gramm., Kon-  
vert., Eingelunterr., 15  
J. mon. u. E. Holzen-  
dorff, Pomorska 5. 8227

Lehrer ert. Nachhilfe-  
unterr. i. Deutsch, Poln.  
u. Mathemat. Off. u. A.

3538 a. d. Geschäft. d. Ztg.

Poln. Sprachunterricht  
i. Deutsch. Nachhilfe in Gym-  
nasialfächer. Speziell  
Latein, Griech., Mathe-  
matik, erweitert erfahrene  
Lehrer. Off. u. W. 3613

a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Guter, kräftiger

Mittagstisch

3 Gänge 1,50; Mittag,

Kaffee und Abend-  
brot 3,00; den ganzen

Tag Verpflegung 4,00.

Restaurant

Hugon Kiełczyński,  
Bogda. Kordzeciego 1. 3666

8266

## Geldmarkt

## Beteilige mich still

mit ca. 10.000 zł. evtl. mehr.

Ganz ausführl.

Angeb. unt. 3. 3722 a. d. Geschäftst. d. Zeitg.

4711

## Herat

## Selbstd. Kaufmann

34 Jahre, evgl., 1,75 gr.

schlan. sucht

Lebensgefährin

nicht zu jung. Wohna-  
vorhd. Cew. 10.000 bis

20.000 zł. Off. u. C. 3703

a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

4639

## Fräulein

26 J. evgl., wirtschaftlich  
u. von gutem Ruf.

Berm. 10.000 zł. u. gute

Umsichter.

wünscht sich zu  
verheiraten

mit freibadem Herrn

in sich. Lebensstellung.

Offerten unter 3. 8250

a. d. Geschäftst. d. Ztg.

8249

## Fräulein

lebig, 30 J. alt. langi-

Praxis a. int. Gütern,

der poln. u. deutfchen

Sprache in Wort und

Schrift mächtig, sucht

gesucht a. gute Zeugen

u. Refer. jof. od. 1. 9.

oder 10. Stellung als

1. ob. alleinig. Beamter.

Gefl. Offerten erbitbet

Ales. Gieldon, Chy-  
dopolskie, pocz. Bielawa,

p. Nowy Tomisł. 8249

a. d. Geschäftst. d. Ztg.

8249

## 1. Beamter

lebig, 30 J. alt. langi-

Praxis a. int. Gütern,

der poln. u. deutfchen

Sprache in Wort und

Schrift mächtig, sucht

gesucht a. gute Zeugen

u. Refer. jof. od. 1. 9.

oder 10. Stellung als

1. ob. alleinig. Beamter.

Gefl. Offerten erbitbet

Ales. Gieldon, Chy-  
dopolskie, pocz. Bielawa,

p. Nowy Tomisł. 8249

a. d. Geschäftst. d. Ztg.

8249

## 1. Beamter

19 Jahre, lebhaft, beend.

höh. Schulbild. Poln. i.

Wort u. Schrift. Über-

nahme Gutsvorsteher.

u. sämtl. Buchführung.

Gefl. Ang. unt. 3. 8246

a. d. Geschäftst. d. Ztg.

8246

Suche vom 1. 9. oder

später Stellung als

2. Beamter.

19 Jahre, lebhaft, beend.

höh. Schulbild. Poln. i.

Wort u. Schrift. Über-

nahme Gutsvorsteher.

u. sämtl. Buchführung.

Gefl. Ang. unt. 3. 8246

a. d. Geschäftst. d. Ztg.

8246

Suche vom 1. 9. oder

später Stellung als

2. Beamter.

19 Jahre, lebhaft, beend.

höh. Schulbild. Poln. i.

Wort u. Schrift. Über-

nahme Gutsvorsteher.

u. sämtl. Buchführung.

Gefl. Ang. unt. 3. 8246

a. d. Geschäftst. d. Ztg.

8246

Suche vom 1. 9. oder

später Stellung als

2. Beamter.

19 Jahre, lebhaft, beend.

höh. Schulbild. Poln. i.

Wort u. Schrift. Über-

nahme Gutsvorsteher.

u. sämtl. Buchführung.

Gefl. Ang. unt. 3. 8246

a. d. Geschäftst. d. Ztg.

&lt;p